

stachlige ARGUMENTE

Zeitschrift des Landesverbandes Berlin / Nr 180 / Dezember 2010



THEMA Berlin 2020



PARTEILEBEN

Actionreich in die Zukunft

MENSCHEN UND ZEITEN

Demokratielabor Stuttgart 21

DEBATTE

Konservative Jugend?

2020

angestachelt !

Renate macht's. So einfach ist das. Gut, nicht gerade für eine SPD, die nun noch händelringender nach Begründungsmustern sucht, warum der immer noch Regierende auch nur ein Kreuzchen wert sein soll. Und nein: Bei den Umfrageinstituten, sei es infratest dimap oder forsa, handelt es sich nicht um grünennahe Stiftungen, obwohl die Umfragewerte das nahelegen könnten. Ein ums andere Mal gehen wir bei den Werten in Berlin als stärkste Partei hervor. Aber gemacht - Stimmungen müssen sich auch in Stimmen verwandeln. Und da liegt zwar noch ein langer Weg vor uns, aber grüne Wege haben ja bekanntlich den Vorteil, nachhaltig zu sein. Wir machen's. So einfach ist das.

Diesmal begeben wir uns auf die Reise in eine nicht allzu ferne Zukunft. Berlin 2020. Wir wollen einen Blick auf unsere Stadt werfen, wie sie sich in 10 Jahren entwickelt haben kann. Und weil solche Entwicklungen von vielen Akteuren begleitet werden, haben wir diesmal auch AutorInnen angesprochen, die in Verbänden aktiv die Zukunft mit uns gemeinsam gestalten wollen.

So wirft Dr. Eric Schweitzer von der IHK ein Blick auf die Arbeitsplätze von morgen, und Thomas Gleißner von der Caritas, wirbt für eine Gesellschaft, in der eine aktive Bürgerschaft sich den sozialen Belangen seiner Umwelt annimmt. Der Verbraucherschützer Hartmut Bäumer schließlich nimmt die Diskussion um die Wasserbetriebe auf und legt differenziert dar, wann Rekommunalisierung aus Verbrauchersicht ein Gewinn darstellen können.

Ronald Wenke lud zum Gespräch und befragte Michael Purper von der GdP und Bene Lux: Können wir Grüne auch Innere Sicherheit? Die ganze Stadt im Blick, lädt uns Hans Pannhoff zu einer Reise nach Marzahn ein mit überraschenden Ergebnissen.

Aus der Partei erfahren wir von Steffi Lemke, wie sich unsere Neumitglieder zusammensetzen und ganz dem Titel verbunden war unsere Reporterin Nicole Holtz bei der Grünen Jugend. Wo kann es mehr Berlin 2020 geben?

Die November-LDK findet einen Nachklang: Biomasse, ja oder nein, wird ausgeführt von Michael Schäfer und Franziska Eichstädt-Bohlig.

Oliver Münchhoff suchte nach dem Sozialstaat und hat bei der Bundesregierung nichts aber bei Ekin Deligoez und Beate Müller-Gemmeke sehr viel gefunden und fragt sich, ob "Mosaikgesellschaft" für die Berliner Verwaltung ein tragfähiges Bild sein könnte."

So, und bevor ihr startet mit der Lektüre: Erstmal wieder zuklappen das Heft, und siehe da: Unser neues Landeslogo. Wer es in groß sehen will: Einfach nach Reinickendorf fahren, da prangt es in der Brunowstrasse 49 an der neuen Kreisgeschäftsstelle. Euch dazu Herzlichen Glückwunsch. Jetzt aber viel Spass bei der Lektüre. Und wenn ihr Euch freut, ärgert, etwas Euch nachdenklich stimmt, dann schreibt uns, wir freuen uns über Leserbriefe.

Eure Redaktion

TITELTHEMA

- 4** "Ich habe mein Herz an Berlin verloren!"
von Ronald Wenke
- 7** Marzahn 2021
von Hans Pannhoff
- 10** Heute Politik machen für die Arbeitsplätze von morgen!
von Dr. Eric Schweitzer
- 12** Entschieden handeln - für ein besseres Berlin
von Thomas Gleißner
- 14** Die Lehren aus der Privatisierung der Wasserbetriebe
von Hartmut Bäumer
- 16** "Die Realität wird auch einen grünen Innensenator einholen!"
Gespräch mit Michael Purper und Benedikt Lux

PARTEILEBEN

- 19** Actionreich in die Zukunft
von Nicole Holtz
- 22** Wer sind die eigentlich? - Die Grüne Mitgliederstudie
von Steffi Lemke
- 24** Selbstbewusstsein und Realitätscheck
von Ronald Wenke
- 26** Neues aus den Gliederungen



DEBATTE

- 28** Energie aus Biomasse - für und wider
PRO von Michael Schäfer
CONTRA von Franziska Eichstädt-Bohlig
- 30** Anders Wirtschaften
von Ajibola Olalowo, Wolfgang Remmers, und Marc Urbatsch
- 32** Der Staat hat sozial zu sein - im Prinzip
von Oliver Münchhoff
- 36** Die heutige Jugend ist konservativ!
von Gabriel Tiedje

MENSCHEN UND ZEITEN

- 38** Kulturelle Außenpolitik: Erkenntnisse in Echtzeit
von Prof. Martin Rennert
- 40** Stuttgart 21 als Demokratielabor
von Ralf Fücks
- 42** Alter Schwede!
von Arne Haeger
- 44** Das richtige Grün
Glosse von Barbara Fischer
- 46** Lernste was, dann kannste was, kannste was, dann biste was?
von Rainer Milletat
- 48** Leserbriefe
- 50** Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen!
Kolumne von Holger Michel
- 51** Termine/Impressum

© zwobits, french_03, Honnen / alle photocase und Hans Pannhoff



© Alle Fotos von Christian Könnike

„ICH HABE MEIN HERZ AN BERLIN VERLOREN!“

Renate Künast will für die Bündnisgrünen in Berlin Regierende Bürgermeisterin werden. Wer ist die Frau, die nach dem Roten Rathaus greift?
Ein Porträt:

Man merkt gleich: da mögen sich zwei gut leiden. Beim Empfang zur Spendengala der Berliner Aids-Hilfe stehen Renate Künast und Klaus Wowereit einträchtig nebeneinander und unterhalten sich angeregt. Es wird viel gelacht, die gegenseitigen politischen Spitzen sind frech und doch immer freundschaftlich. Zwei Politiker auf Augenhöhe, die gut miteinander können – im Herbst 2008. Vor zwei Jahren wussten wohl beide noch nicht, dass sie sich schon bald als Konkurrenten im Kampf um den Posten des Regierenden Bürgermeisters gegenüber stehen würden. Und doch ist auch an diesem Abend schon spürbar, wie viel Hoffnung und Zutrauen die Menschen Renate Künast entgegen bringen. Als sie den Saal für die Gala betritt, applaudieren die Leute. Eine Frau ruft ihr zu: „Vielen Dank, Renate! Mach weiter so!“ Sie ist bekannt im Saal – seit Jahren engagiert Renate Künast sich im Kuratorium der Berliner Aids-Hilfe. Jedes Jahr führt sie den Trauerzug zum Gedenken der an Aids Verstorbenen mit an. Es ist dieses Engagement, dass die Menschen an Renate Künast schätzen. Als das schwulesbische Szene-Portal queer.de jüngst zur Probewahl rief, stimmten 45% für sie – nur 43% für den ersten offenen schwulen Bürgermeister Klaus Wowereit. Der muss nun aufpassen, denn Renate Künast will es tatsächlich wissen:

„ICH BIN BEREIT – ICH KANDIDIERE FÜR DAS AMT DER REGIERENDEN BÜRGERMEISTERIN VON BERLIN. EINE STADT FÜR ALLE!“

Zurückhaltend - fast schüchtern - wirkte Renate Künast, als sie diese Worte sprach – Anfang November auf einem erweiterten Mitgliederabend der Grünen im Postmuseum. Aber schüchtern ist Renate Künast nicht – im Gegenteil. Wen immer man zu ihr fragt, immer fällt eine Vokabel: „Sie ist eine Kämpferin!“ Renate Künast kommt aus einfachen Verhältnissen und hat sich durchgekämpft im

Leben. Als der Vater sie nicht aufs Gymnasium lies („Sie heiratet ja eh bald!“), hat sie sich auf dem zweiten Bildungsweg ihr Fachabitur erkämpft und wie zum Trotz gleich zwei Studienfächer- soziale Arbeit und Jura - abgeschlossen. In der JVA Tegel arbeitete sie als Sozialarbeiterin – vor allem mit Drogenabhängigen. Sie wollte niemanden zurücklassen und hat für zweite Chancen im Leben getrommelt. Chancen ergreifen und Talente fördern, das sind die großen Themen von Renate Künast. Wie ein roter Faden durchzog die Forderung nach Chancengleichheit ihre Rede, in der sie ihre Vision für Berlin aufzeigte. „Diese Stadt kann es sich gar nicht länger erlauben, irgendjemanden und seine Potentiale liegen zu lassen. Berlin braucht alle.“, rief sie in den Saal, „Wir müssen diesen Schatz nur heben!“.

Renate Künast ist fest in Berlin verwurzelt. Vor vierunddreißig Jahren kam sie hierher, weil sie „aufbrechen“ wollte, wie sie selbst sagt. „Ich habe mein Herz in die Hand genommen, bin nach Berlin gegangen und habe mein Herz an Berlin verloren!“ Berlin ist für Renate Künast noch immer eine Verheißung und sie ärgert sich, dass die Politik des Senats „eine Zumutung“ ist. Sie setzt sich zum Ziel, Strukturen aufzubrechen und Türen zu öffnen. „Eine Stadt für Alle“ ist ihr Motto – immer wieder beschwört Renate Künast ihre Vision einer Stadt, in der alle Menschen und ihre Talente einbezogen werden.

Strukturen aufbrechen – das kann Renate. Als erste grüne Landwirtschaftsministerin kam sie ins Amt und erbte mit der BSE-Krise den größten Landwirtschaftsskandal der Nachkriegsgeschichte. Ihre Popularität stammt bis heute aus dieser Zeit. Unvergessen ist ihr Auftritt auf dem Deutschen Bauerntag: die körperlich kleine Renate Künast allein gegen tausende wütende Bauern. „In unsere Kühe kommt nur Wasser, Gras und Getreide“ begründete sie das neue deutsche Reinheitsgebot. Vor allem die Funktionäre der Bauernlobby empfanden ihr Eintreten für Bio-Essen und den ökologischen Landbau als Provokation. Heute gibt es dagegen an jeder Ecke in Berlin einen Bioladen und selbst die Lidl's und Aldi's kommen ohne Bio-Ecke nicht mehr aus. Dieser Kampf brachte ihr den Ehrentitel „Granate Renate“ ein – und niemand anders als Kanzler Schröder prägte ihn.

Ganz uneigennützig ist ihr Engagement in Sachen „gesunde Lebensmittel“ natürlich nicht – Renate Künast ist eine leidenschaftliche Köchin. Fast 90 Kochbücher soll sie besitzen und kokettiert damit, auch mal ein eigenes schreiben zu wollen. 2005 lud Renate Künast nach einer Wahlkampf-Kneipentour spontan ihre 25 Helferinnen und Helfer zum Essen bei ihren Hausitaliener „Muntagnola“ in der Fuggerstraße - und dozierte beim Essen aus dem Stegreif über Kräuter und die richtige Nudelzubereitung. Im Herbst 2009 kochte sie für ihre Bezirksgruppe ihr „Grünes Curry – hat and spicy“.

ES SIND DIESE MOMENTE, IN DENEN RENATE KÜNAST ZUR HÖCHSTFORM AUFLÄUFT. PATHOS UND GROSSE REDEN SIND EIGENTLICH NICHT SO IHRE SACHE – IM PERSÖNLICHEN GESPRÄCH IST SIE DAGEGEN UNSCHLAGBAR.

Da kann sie eine ganze Runde von Menschen für ihre Ideen begeistern und mit ihrem Charisma anstecken. „Bierzelttauglich“ nannte das ihr Vor-Vorgänger im Amt, Rezzo Schlauch, einmal.

Besonders gut kann Renate Künast mit jungen Leuten. Im Bundestag bekommt sie häufig Besuch von Jugendlichen. Vor einiger Zeit kamen knapp 500 junge Christinnen und Christen und wollten mit Renate Künast über ihren Glauben und ihr Verhältnis zur Religion sprechen. Eine ganz gehörige Portion Skepsis war im Raum zu spüren, ist Renate Künast doch Mitglied im Beirat der Humanistischen Union. Aber Renate Künast gewinnt die jungen Menschen, in dem sie über Werte spricht: Naturverbundenheit und die Bewahrung der Schöpfung seien doch sehr christliche Vorstellungen. Und wenn sie sich dafür einsetzt, dass es für alle Kinder warmes Essen in der Schule gibt, dann ist das doch auch ein Gebot der Nächstenliebe. „Sorgt doch, dass ihr die Welt verlassend nicht nur ihr gut wart, sondern verlasst eine gute Welt!“ zitiert sie Brecht und macht damit zugleich ein Lebensmotto deutlich.

Ronald Wenke,
Mitglied der Redaktion



MARZAHN 2021

EINE GROSSIEDLUNG RÜSTET SICH FÜR DIE ZUKUNFT

von Hans Panhoff

Ausserhalb des Stadtrings endet häufig getrifzierungsbedrohtes Terrain und an den Stadträndern sowieso. Grossiedlungen, sei es das Falkenhagener Feld in Spandau, die Gropiusstadt in Neukölln, MV in Reinickendorf oder eben Marzahn werden in der Regel als Auffangbecken innerstädtisch Verdrängter oder andererseits nie Fortgekommener wahrgenommen.

Die Grossiedlung im Osten der Stadt heißt im Jargon schlicht „Plattenbau“.

Nun, eigentlich heißt das ja korrekt „industriell vorgefertigte Tafelbauweise“, der im sog. komplexen Wohnungsbau, also gleichzeitig mit erforderlicher sozialer Infrastruktur wie Schulen und Kitas errichtet wurde. Von Anfang an wurde auch die Verkehrserschließung mitgebaut, so dass der Bezirk gut mit S-Bahn, U-Bahn und Tram zu erreichen ist. Daher ist die gefühlte Entfernung „raus nach Marzahn“ viel weiter, als sich das in den realen Fahrzeiten festmacht. Ratschlag: ausprobieren! Es ist ohnehin bei vielen Innenstadtbewohnern festzustellen, dass häufig lieber Vorurteile gegenüber Marzahn gepflegt als der Versuch gemacht wird, die Grossiedlung wirklich einmal kennenzulernen. Das würde helfen, wenigstens ein differenzierteres Bild zu bekommen, lieben muss man sie deshalb noch nicht gleich. Marzahn gibt es, Marzahn wird es weiter geben, wie wird es sich also entwickeln?

ES SEI HIER ANGEMERKT, DASS ZU MARZAHN AUCH DER STADTEIL BIESDORF GEHÖRT, DER ÜBERWIEGEND AUS EINFAMILIENHÄUSERN BESTEHT. ER ERFREUT SICH GROSSER BELIEBTHEIT UND WACHSENDEN ZUZUGS UND BLEIBT IN DEN WEITEREN AUSFÜHRUNGEN AUSGESPART.

In der Grossiedlung Marzahns leben ca. 100.000 Bewohner in ca. 60.000 Wohnungen. Preiswerte Wohnungen in allen Größen und ein dichtes Netz von Kitas, Schulen, Einkaufs- und Erholungsmöglichkeiten tragen zur Familienfreundlichkeit bei. Jetzt läuft eine "demografische Welle" durch den Bestand, da beim Erstbezug in den Jahren 1977 bis 1990 überwiegend junge Familien eingezogen

waren. Die Alterung insgesamt schreitet jedoch im Vergleich der Berliner Bezirke am schnellsten voran, zumal nach der Wende die Geburtenraten dramatisch zurückgegangen sind. So wurden in den letzten zehn Jahren 30 Schulen geschlossen. Allerdings liegt zurzeit der Anteil der Jugendlichen im Alter von 18 - 25 Jahren bei 11 Prozent, das ist der Berliner Spitzenwert, was den Blick auf die Herausforderungen durch einen stetig wachsenden Anteil von SeniorInnen verstellen könnte. Der altersgerechte Umbau des Wohnungsbestandes hat zwar begonnen, die Anzahl wirklich barrierefreier Wohnungen und von generationenübergreifenden Wohnhäusern muss jedoch noch merklich gesteigert werden. Die Älteren leben in der Regel gerne in Marzahn und das sollen sie solange wie möglich auch weiter tun können. Dennoch wird es im Laufe der Jahre zu einer größer werdenden Zahl von freiwerdenden Wohnungen kommen. Wer zieht hier ein? Geschieht das freiwillig aufgrund der Standortqualitäten wie z.B. der guten Schulen und des grünen Umfelds? Oder gezwungenemassen, weil die Wohnungen die Voraussetzungen hinsichtlich Miethöhe und -preis erfüllen, wie sie durch die Jobcenter für die Wohnkostenübernahme gemacht werden? Ist Marzahn eine Alternative zum Leben in der verdichteten Innenstadt, zumindest für einen bestimmten Lebensabschnitt, in dem die Kinder großgezogen werden? Oder wird es zur wohnungspolitischen Puffermasse, wo man diejenigen unterbringt, die aus den Altbauquartieren verdrängt und Opfer der Gentrifizierung wurden? Oder bleiben die Wohnungen zu guter Letzt leer und erfordern einen weiteren Abriss bzw. Rückbau?

Gibt es also eine grüne Vorstellung davon?

Vermutlich werden alle drei Entwicklungen in unterschiedlicher Stärke gleichzeitig verlaufen. Helfen wird in allen Fällen ein attraktives Marzahn, wo die Wohnungen günstig, die Schulen gut und das Umfeld grün sind.

Durch umfangreiche energetische Sanierung gibt es viele Wohnungen, wo die Warmmiete nicht explodiert und den BewohnerInnen mehr zum Leben lässt. Der Verkauf des Solarstroms von den Hochhausfassaden mindert zusätzlich die Betriebskosten. Die Hausmeister sind Facility- und Energiemanager und sorgen für eine optimale Bestands-



© Hans Panhoff

pflge. In Wohnhochhäusern schafft der Conciergeservice ein vertrautes Wohngefühl, immer mehr Häuser werden Studenten und jungen Menschen zur Selbstverwaltung überlassen. Auf den freigewordenen Flächen, wo früher Schulen, Kitas und andere öffentliche Gebäude standen, errichten Baugruppen mitten zwischen den Wohnhochhäusern alternative Wohnbauten im Passivhausstandard, teilweise in außergewöhnlicher Holzhausarchitektur.

Die Sekundarschulen und Gymnasien arbeiten eng mit Kitas, Grundschule, Eltern und Wirtschaft zusammen und garantieren einen optimalen individuellen Bildungs- und Lebensweg. Herkunft spielt keine Rolle, sozial nicht und ethnisch nicht. Nicht nur die Ressorts für Jugend und Bildung arbeiten eng zusammen, auch der Immobilienservice trägt durch mustergültig hergerichtete Gebäude zu einer hervorragenden Marzahner Bildungslandschaft bei. Für Anmeldungen aus den Bezirken Mitte und Pankow sowie dem Brandenburger Umland wird ein Numerus Clausus eingeführt.

Im Wohnumfeld fangen die ersten Bäume an, regelrecht in den Himmel zu wachsen und selbst die 11-Geschosser zu überragen. Wer möchte, kann einen Mietergarten in der Nähe erhalten oder schließt sich im Verein zur Landschaftspflege an, der Schafe und Ziegen zur Pflege der vielen Naturräume zwischen den bebauten Bereichen einsetzt und mehrere Kinderbauernhöfe betreibt. Hierbei berät kostenlos das „Marzahn-Institut für Urbane Landwirtschaft“.

Nicht nur weil hier viele ältere Menschen leben, wird das Netz des öffentlichen Nahverkehrs gestärkt durch hohen Takt und bedarfsgerechte Flächenerschließung. Die Regionalbahn schafft auch für die wachsende Zahl der Beschäftigten in der Solarbranche und anderen Zukunftstechnologien im Gewerbepark eine schnelle Anbindung an den neuen internationalen Flughafen Schönefeld. Wo es ohne Auto nicht geht, organisieren im Internet immer mehr BewohnerInnen wechselnde Fahrgemeinschaften für unterschiedlichste Zwecke und minimieren ihren CO2 Verbrauch.

Die Gesundheitswirtschaft schafft immer mehr Arbeitsplätze und nirgendwo sonst gibt es so viele Ausbildungsplätze für Gesundheitspflege und medizinische Berufe wie in Marzahn. An der Volksuniversität des Unfallkrankenhauses wird ein Studiengang Altenpflege für die „Silver-Ager“, also die jüngeren SeniorInnen eingeführt, wo Qualifikationen für die Betreuung der Hochbetagten mit ihrem speziellen Pflegebedarf vermittelt werden.

Der Bezirk Marzahn hat das Image abgelegt, dass sich dort die sozialen Verlierer ballen, sondern glänzt durch effektive Hilfe für Menschen in individueller Notlage mit dem Ziel, dass sie zu einem eigenverantworteten und selbstbestimmten Leben begleitet werden. Die Arbeitslosenquote ist schon deutlich zurückgegangen.

NOCH MEHR MIGRANTINNEN WOHNEN MITTLERWEILE IN DER GROSSIEDLUNG UND FÜHLEN SICH HEIMISCH, WO SICH IN DEN GEMEINSCHAFTSRÄUMEN DER WOHNHÄUSER NICHT NUR RUSSISCH, VIETNAMESISCH, SERBISCH UND TÜRKISCH MISCHEN. GEMEINSAM MIT DEN ANDEREN DEUTSCHEN NACHBARN ORGANISIEREN SIE BESUCHE IN DEN GÄRTEN DER WELT IM ERHOLUNGSPARK MARZAHN, WO MITTLERWEILE ALLE REGIONEN UND KULTUREN VERTRETEN SIND.

Eine bürgernahe, serviceorientierte öffentliche Verwaltung geht individuell auf die Menschen ein und ist Partner für bürgerschaftliches Engagement. Mit ihrer erfolgreichen sozialräumlichen Orientierung ist sie Exkursionsziel vieler ausländischer Delegationen. Bürgerbeteiligung wird groß geschrieben und nirgendwo sonst werden die Maßstäbe des Informationsfreiheitsgesetzes so konsequent umgesetzt wie hier. Dafür sorgt das erste grüne Mitglied im Bezirksamt, das u.a. für die Bürgerdienste zuständig ist.

Hans Panhoff,
Stadtplaner - Er hat von 2004 bis 2009 als Quartiersmanager beim QM Marzahn NordWest gearbeitet

Heute Politik machen für die Arbeitsplätze von morgen!

von Dr. Eric Schweitzer



Stellen Sie sich einmal vor, Berlin im Jahr 2020: Der Arbeitsmarkt boomt. Seit Jahren steigt nicht nur die Zahl der Beschäftigten, im Gegenzug reduziert sich auch die Zahl der Arbeitslosen und Transferempfänger deutlich. Die Arbeitslosenquote entspricht dem Bundesdurchschnitt und liegt bei historischen fünf Prozentpunkten. Die niedrigeren Sozialkosten und steigenden Steuereinnahmen wirken sich im Landeshaushalt in höheren Investitionen aus und befördern weiteres Wachstum. Berlin hat sich zu einer pulsierenden Wirtschaftsmetropole gemausert.

Ferne Utopie oder realisierbare Vision? Nun, die Perspektiven sind dabei, sich zu verändern: War Berlin in den vergangenen Jahren bei Standortvergleichen meist auf einen der hinteren Plätze gebucht, haben sich die Vorzeichen gewandelt. Berlins Stärken werden nicht nur sichtbar, sondern schlagen sich mittlerweile auch in besseren Zahlen nieder. Wissenschaft, Infrastruktur, Internationalität und Offenheit sind Faktoren, mit denen Berlin bei Unternehmen und Beschäftigten punkten kann. Doch im Gegenzug ist Berlin noch immer die Hauptstadt der Arbeitslosen und ALG II-Bezieher.

Für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum mit dynamischem Arbeitsmarkt braucht es daher seitens der Politik

einen Rahmen, der nicht hinderlich, sondern fördernd wirkt. Denn die Berliner Unternehmen tun bereits ihr Bestes: Sie sind innovativ, forschen, investieren in Köpfe und Anlagen, bilden aus und stellen ein. In Berlin wünschte man sich daher manchmal, dass die Politik statt von einer zunehmenden Staatsgläubigkeit und Regelungswut, die unternehmerische Tätigkeit hemmen, von dem Mut und Willen getragen wäre, Chancen für die Zukunft unserer Stadt zu ergreifen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die „Green Economy“. Längst stellen Wirtschaft und Umwelt keine unüberwindbaren Gegensätze mehr dar, sondern bieten Entwicklungschancen für beide Seiten. Unternehmen profitieren von neuen Märkten, etwa bei regenerativen Energien, ressourcenschonenden Technologien oder neuartigen Recyclingmethoden. Die Erneuerbare-Energien-Branche in Deutschland hatte im Jahr 2009 bereits rund 340.000 Beschäftigte - weit mehr als prognostiziert. Auch in den anderen Bereichen wächst die Umwelttechnikbranche ungebremst dynamisch. Realistische Schätzungen gehen von einer Verdopplung des Marktvolumens für Umwelttechnologien bis 2020 aus. In der gesamten Green Economy hat Berlin heute mehr als 40.000 Beschäftigte. Unser Ziel sollte es sein, diese Zahl nicht nur zu verdoppeln, sondern für das kommende Jahrzehnt einen

klaren Benchmark von 100.000 Beschäftigten in diesem Bereich auszugeben. Die Voraussetzungen sind gut: So ist die Hauptstadt laut dem von Siemens erstellten „European Green Cities Index“ schon heute die europäische Nummer Eins im Bereich der energetischen Gebäudesanierung. Berlin hat dank der engen Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft bei der Green Economy einen Vorsprung, den viele andere Standorte nur schwerlich einholen werden. Internationale Leuchttürme, wie Adlershof, belegen dies eindrucksvoll. Tegel hat alle Potenziale, eine ähnliche Entwicklung einzuschlagen.

Längst geht es beim Thema Industrie nicht mehr um rauchende Schloten, sondern um moderne, innovative Produkte „Made in Berlin“. So werden etwa in Spandau Waschmaschinen hergestellt, die sich durch ihre Energieeffizienz auszeichnen. Und ein großer Automobilkonzern hat kürzlich entschieden, die Elektromotoren für seine Hybridfahrzeuge ab 2012 in Berlin produzieren zu lassen. Ein Ausbau dieser Vorreiterpositionen dient nicht nur dem Wirtschaftsstandort Berlin - er ist wesentlicher Baustein für eine dauerhafte Sicherung natürlicher Ressourcen und hilft uns, unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Damit sich diese vielfältigen Berliner Standortvorteile und Wachstumsfelder aber auch entsprechend auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen, brauchen die Unternehmen eine ausreichende Zahl von Fachkräften. Aufgrund des demografischen Wandels und des damit verbundenen zahlenmäßig geringeren Nachwuchses muss die Politik daher alles dafür tun, Menschen entsprechend den Anforderungen des Marktes zu qualifizieren und eine gezielte Zuwanderung von Leistungsträgern zu erleichtern. Wir können es uns in Berlin nicht länger leisten, bei der Wertschöpfung auf einen bedeutenden Anteil unserer Einwohner zu verzichten - Menschen, die keinen Schulabschluss haben, als Langzeitarbeitslose nicht über die nötige Arbeitsmarktnähe verfügen oder nicht ausreichend in unsere Gesellschaft integriert sind. Eine gute Bildungs-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik ist neben einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Industriepolitik also eine zwingende Voraussetzung für einen dynamischen Arbeitsmarkt.

Boomende Wirtschaftsmetropole Berlin - Utopie oder Vision? Berlin hat jedenfalls die besten Voraussetzungen dazu. Lassen Sie uns gemeinsam etwas daraus machen!

Dr. Eric Schweitzer
Präsident der Industrie- und Handelskammer Berlin

ENTSCIEDEN HANDELN - für ein besseres Berlin

von Thomas Gleißner

Be Berlin klingt gut. Eine Aufforderung, sich dynamisch einzubringen. Das heißt doch auch jeder ist wichtig, oder? Wirklich jeder? Berlin zieht Menschen aus aller Welt in seinen Bann. Künstler, Kreative und Touristen. Klubs, Cafés, Restaurants, Konzerthäuser, Galerien, Shopping, Shopping, Shopping. Dumm nur, wenn man sich den Latte macchiato für 3,90 Euro nicht leisten kann. So wie die vielen Empfänger von staatlichen Transferleistungen und deren Kinder, die genauso die Stadt prägen, wie die 11.000 Wohnungslosen. "Berlin, Berlin Dein Herz kennt keine Mauer"; die Mauer kennt Berlin Gott sei Dank nicht mehr, aber dafür wird eine andere Mauer immer höher. Die unsichtbare Wohlstandsmauer, die die Gesellschaft teilt und viele ausgrenzt. Die Arbeitslosen, die Alleinerziehenden, Menschen mit geringem Einkommen, hoher Verschuldung, chronischen Erkrankungen, psychischen Problemen. Berlin kann eine tolle Stadt sein. Pech nur, wenn man nicht wirklich teilhaben kann. Heute wächst die Armut in der Stadt, Bildung hängt stark von der Herkunft ab, Chancengleichheit ist ein frommer Wunsch, Integration oft nur ein Lippenbekenntnis. Das sollte im Berlin des Jahres 2020 anders aussehen. Der sozialen Polarisierung muss entschlossen entgegengetreten werden.

Antworten statt plakative Sprüche

Wir brauchen dringend Antworten für die dramatische demografische Entwicklung. Wer soll die vielen alten Menschen pflegen, wo und wie sollen sie wohnen? Die Integration von Migranten muss entscheidend vorgebracht werden. Das passiert nicht von allein. Da reichen nicht die plakativen Sprüche vieler Politiker in den Talkshows, die die Probleme meist beim politischen Gegner sehen. Fundierte Analyse und Dialogbereitschaft sind gefragt. Und dann müssen die Erkenntnisse aus diesen Dialogen konsequent umgesetzt werden. Daran hapert es doch. Die Caritas versucht nun seit über 100 Jahren, in Berlin Not zu identifizieren und adäquate Hilfsangebote zu entwickeln. Um ein besseres Berlin entstehen zu lassen, muss aber die Politik tragfähige Rahmenbedingungen schaffen. Sonst können soziale Träger bestenfalls kompensieren. Und sind oft damit beschäftigt das eigene Überleben zu sichern, da der neoliberale Wettbewerb über ruinöse Preise

statt über Qualität läuft. Bei der Entstehung der sozialen Probleme sollte angesetzt werden.

Berlin braucht Migration

Die Beteiligungsrechte von Migranten müssen erweitert werden. Im Ausland erworbene berufliche Kompetenzen müssen anerkannt werden. Wir brauchen in Berlin Migration - schon allein um dem eklatanten Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen. Es reicht nicht über sogenannte "Parallelgesellschaften" zu fabulieren, ohne Migranten eine echte Chance zu geben, Fuß zu fassen. Das sollte schon ganz früh in der Kita mit Sprachunterricht beginnen und von Elternarbeit begleitet werden. Die Schulklassen müssen viel kleiner werden, mehr Lehrkräfte sollten in Projektunterricht die Stärken der Kinder und Jugendlichen gezielt fördern. Ergänzende Schulsozialarbeit ist ein Muss - auch um die Väter und Mütter ins Boot zu holen. Am Arbeitsmarkt orientierte Angebote für sogenannte benachteiligte Jugendliche werden gebraucht, um soziale und fachliche Kompetenzen zu entwickeln. Wer in Bildung und soziale Förderung investiert wird sich später erhebliche Kosten sparen. Hundertmal gesagt, hundertmal im Verwaltungshandeln auf der Strecke geblieben.

Sozialpolitische Veränderung und aktive Bürgerschaft

Die Caritas nimmt mit ihrem christlichen Hintergrund die Bedürfnisse des Nächsten ernst. Aber wir beschränken uns nicht auf Hilfe für Menschen, die bereits Probleme haben. Wir wollen ein Motor für sozialpolitische Veränderung und aktive Bürgerschaft sein. Das Sozialraum bezogene Engagement der Bürger für ihren Stadtteil ist für uns unverzichtbarer Bestandteil einer lebenswerten Gesellschaft. Diese Prozesse unterstützen wir und stiften sie an. In unseren Freiwilligenzentren ermöglichen wir Engagement, wir weisen auf Handlungsbedarfe hin und sind eine offene Plattform für die Ideen der direkt Betroffenen. Wir vermitteln und begleiten Ehrenamtliche in der Hospizarbeit, als Paten für Migranten oder als Betreuer für Menschen mit Demenz. Ohne die Profis in den sozialen Berufen geht gar nichts in der Stadt. Aber sie allein können das nicht schaffen. Es braucht die vielen Ehrenamt-

lichen, die sich bürgerschaftlich engagieren - aus freien Stücken - weil das für andere da sein letztlich auch das eigene Leben enorm bereichert. "Freiwillig die Welt verändern", ist unsere kommunikative Botschaft zur Gewinnung von Ehrenamtlichen. Sie verändern tatsächlich die Welt der Menschen, um die sie sich kümmern. Und damit verändern sie auch Berlin. Wir brauchen Mut und Entschlusskraft, um neue Wege zu gehen. Bei der Entwicklung von Betreuung und Pflege von alten und kranken Menschen, bei neuen generationsübergreifenden Wohnformen. Ressourcen müssen identifiziert, vorhandene Fähigkeiten entdeckt werden.

Sternzeit F:A:S

So wie jüngst bei einem Projekt des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin mit der Staatsoper Unter den Linden. 130 Kinder erarbeiteten in dreizehnmonatiger Projektarbeit die Kinderoper "Sternzeit F:A:S". Viele Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten waren dabei und konnten Erfahrungen machen, die ihr Leben verändert haben. Ein ganzer Stadtteil war einbezogen. So entstanden völlig neue nachhaltige Kooperationen im Gemeinwesen. Darum geht es auch im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), einer Alternative zum bisherigen Zivildienst. IN VIA, einer der Fachverbände der Caritas, organisiert Einsatzmöglichkeiten von jungen Menschen in sozialen Tätigkeitsfeldern. Hier werden Lernerfahrungen für junge Frauen und Männer eröffnet, die oft weitreichende Auswirkungen für deren Leben haben und Anstöße zur Berufsfindung vermitteln. Auch die Entwicklung von neuen

Thomas Gleißner



Der Autor lebt seit 1993 in Berlin. Zuvor war er als Erziehungs- und Familienberater in Baden-Württemberg und Hessen tätig. Zehn Jahre engagierte er sich als Abteilungsleiter der Caritas und Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses beim Aufbau von Jugendhilfe und sozialen Diensten im Land Brandenburg. Er arbeitet seit 2005 beim Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Partnerschaften mit gesellschaftlichem Nutzen sollte 2020 einen großen Schritt weiter sein. Unternehmen, die sich als "gute Bürger" sozial einbringen, eröffnen im Zuge von Corporate Citizenship neue Wege. Dem Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft kommt eine besondere Bedeutung zu. So kann Berlin zu einem besseren Ort für alle werden.

Thomas Gleißner
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.
Pressesprecher, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit

DIE LEHREN AUS DER PRIVATISIERUNG DER BERLINER WASSERBETRIEBE

von Hartmut Bäumer

Heute wird, wenn es um die Folgen der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe geht, nicht selten von Seiten der damals Handelnden argumentiert: „Ja, im nachhinein ist man immer klüger“. Oder, etwas vorsichtiger, „das hätten wir uns so auch nicht vorgestellt“. Da fragt man sich schon, wie gering die Phantasie der damals politisch Verantwortlichen war oder wie gering ihre Kenntnis von den realen vertraglichen Gegebenheiten.

© rebeccakaw / photocase

Wie dem auch sei, wir Verbraucherschützer haben immer wieder vor den negativen Folgen einer Privatisierung von Dienstleistern gewarnt, deren Geschäftsfeld die Befriedigung von Grundbedürfnissen der Menschen darstellt, insbesondere von Wasser. Die fehlende Transparenz der Verträge und die Belastung der Berliner Bevölkerung mit den bundesweit höchsten Wasserpreisen machen die Berechtigung der Kritik nur zu deutlich. Ohne das beharrliche Nachbohren verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Wassertisch, Grüne Liga oder auch Verbrauchszentrale Berlin mit ihrer Unterstützung der Klage zur Zulassung des Volksbegehrens vor dem Landesverfassungsgericht wären wir heute nicht so weit, dass ernsthaft über eine Rekommunalisierung von privatisierten Unternehmen der Daseinsvorsorge diskutiert wird. Nicht nur der Wasserbetriebe und nicht nur in Berlin. Ob dies sinnvoll ist oder nicht, lässt sich nicht einfach beantworten. Wenn das Kind einmal im Brunnen liegt, hängt eine Rettung vom Einzelfall, den damit verbundenen Kosten und den zu erwartenden Vorteilen ab.

Aus Sicht des Verbrauchers ist aber festzustellen, dass die große Privatisierungseuphorie der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in den seltensten Fällen direkte Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger gebracht hat. Das treibende Argument war auch gar nicht ein wie auch immer gearteter Vorteil für die Verbraucher, sondern an erster Stelle der Kaufpreis, der die Stadtfinanzen ein wenig entlastete. Daneben schien es vorteilhaft, die zu verkrusteten, häufig innovationshemmenden Strukturen des öffentlichen Dienstrechts verlassen zu können. Letzteres Argument ist auch aus Verbrauchersicht nicht von der Hand zu weisen, mehr Transparenz und mehr Wettbewerb am Markt kann Kundentreue stärken und sogar zu Preissenkungen führen, wie im Telefonbereich deutlich wurde.

Voraussetzung für einen denkbaren Vorteil der Verbraucher durch die Privatisierung ist aber erstens, dass nicht ein staatliches Monopol durch ein Privates ersetzt wird. Zweitens sind die Verträge selbst, mit denen sich der Staat von den eigenen Betrieben trennt in allen Facetten offenzulegen. Erst dadurch wird nachvollziehbar, wohin die Reise geht. Nur unter diesen Prämissen können Abgeordnete, Bürgerinnen und Bürger wirklich entscheiden, ob ein solcher Weg überhaupt vorteilhaft sein kann. In aller Regel wird man dann erkennen, dass die Nachteile überwiegen.

In Berlin fehlten bei der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe mit Ausnahme der äußerst angespannten finanziellen Situation alle zuvor genannten Voraussetzungen. Der Berliner Senat mit der damaligen Finanzsenatorin an der Spitze hat sich schlicht über den Tisch ziehen lassen, wie seit Bekanntwerden der vertraglichen Einzelheiten immer mehr zu Tage tritt. Für die politischen und vertragsrechtlichen Fehler der damaligen Zeit müssen nun die Verbraucher im doppelten Sinne gerade stehen: durch die hohen Wasserpreise und die fehlenden Einnahmen der Stadt.

Erste Lehre aus der verbraucherpolitisch daneben gegangenen Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe muß sein, dass in Zukunft solche weit reichenden Entscheidungen weder unter dem Diktat leerer Kassen noch ohne vollständige Offenlegung und inhaltliche Diskussion der beabsichtigten Vertragsentwürfe in Abgeordnetenhaus und allgemeiner Öffentlichkeit gefällt werden dürfen. Die Transparenz hat sich auch auf die Preisgestaltung und die Absicherung von Investitionen zu beziehen.

Zweitens muß der Berliner Senat eine Rückabwicklungsoption haben, die finanziell leistbar ist.

Es versteht sich von selbst, dass alleine diese wenigen Voraussetzungen das Interesse privater Investoren, die nicht die Daseinsvorsorge sondern die Gewinnerzielung im Blick haben, erheblich verringern wird. Das ist zu begrüßen, weil damit deutlich wird, dass Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge eben keine beliebigen Waren sind, die man kaufen oder eben auch nicht kaufen kann.

Die Debatte um den Wert der Gemeingüter, auf die wir alle angewiesen sind, ist mit der Offenlegung der Verträge zur Teilprivatisierung der Wasserbetriebe nicht zu Ende, sondern erst wirklich angestoßen worden. Aus Verbrauchersicht sollte sie genutzt werden, um unkritische Privatisierungsphantasien in die Schranken zu weisen und Modelle zu erörtern, die uns allen, den Verbrauchern, stärkere Mitgestaltungsrechte (damit auch Pflichten) einräumen. Eine einfache Rekommunalisierungsdebatte greift deshalb zu kurz.

Hartmut Bäumer
Geschäftsführer Verbraucherzentrale Berlin

„DIE REALITÄT WIRD AUCH EINEN GRÜNEN INNENSENATOR EINHOLEN!“

Ein Gespräch mit Michael Purper, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Berlin, und Benedikt Lux, MdB, innenpolitische Sprecher

Stahlige Argumente: Die Grünen in Berlin schicken sich an, die Regierende Bürgermeisterin zu stellen. Damit ist viel Verantwortung verbunden - auch in Feldern, die man gemeinhin weniger zu den grünen Kernkompetenzen zählt. Können Grüne eigentlich „innere Sicherheit“?

Michael Purper: Die Grünen haben im Laufe der Jahre gezeigt, dass sie Politik können. Aber Innere Sicherheit? Die Grünen haben das Feld sicher nicht so bearbeitet, wie wir uns das aus unserer Sicht wünschen würden. Sie haben sich eher als die kritische Stimme insbesondere bei Großlagen definiert. Hier würden wir erleben, wie die Realität auch eineN grüneN InnensenatorIn einholt.

Stahlige Argumente: Die Grünen haben sich in der Tat lange eher als Korrektiv verstanden - für Bürgerrechte oder beim Datenschutz. Müssen wir uns umstellen?

Lux: Ein grüner Innensenator wird zuallererst für die öffentliche Sicherheit zuständig sein. Sicherheit, die auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen ernst nimmt. Das wird für Grüne nicht immer einfach sein - aber zu dem Perspektivwechsel gibt es wenig Alternativen. Die zweite Aufgabe wird es schon noch sein, Korrektiv zu bleiben - in den Bereichen, die für die Freiheit in einer modernen Gesellschaft wichtig ist. Völlig klar ist: Die Berliner Polizei ist insgesamt so gut aufgestellt,

dass ich keine Sorgen um die öffentliche Sicherheit in Berlin habe.

Stahlige Argumente: Ist das so? Die GdP beklagt, Berlin sei auf Extremsituationen, etwa einen Terroranschlag, personell nicht eingestellt.

Purper: Die GdP definiert Sicherheit nicht nur anhand von Statistiken. Zahlenmaterial allein sagt wenig aus über den Grad an Sicherheit. Bei allem Engagement der KollegInnen: die Ausstattung und die Rahmenbedingungen sind in Berlin unbefriedigend. Für Extremsituationen wie einem Terroranschlag sind wir nur unzureichend gewappnet. Die notwendigen Rahmenbedingungen, etwa die personelle Ausstattung, genügen nicht.

Stahlige Argumente: Renate Künast hat vor dem Hintergrund der Finanzlage der Stadt gesagt: Keine Wahlversprechen. Gilt das auch für die Ausstattung der Polizei?

Lux: Renate Künast hat aber auch völlig zurecht gesagt: Sicherheit unabhängig vom Geldbeutel einzelner. Ich bin mir sicher, dass wir bessere Prioritäten setzen können. Viel Arbeit wird geleistet, die am Ende zu nichts führt - absehbare Verfahrenseinstellungen etwa bei Bagatelldelikten. Wir brauchen eine gute Grundausstattung - und das Land Berlin zahlt auch knapp 2 Milliarden Euro im Jahr für den Bereich Innere Sicherheit. Wir können auch noch mehr Gebühren - etwa

bei Unfallverursachern - eintreiben. Insgesamt in den Bereichen, in denen die Polizei überwiegend Interessen von Privaten - in diesem Fall den Versicherungsunternehmen dient. Ein Versprechen, mehr Polizei als im Moment vorgesehen einzustellen, kann ich nicht abgeben.

Purper: Man kann sich sicher streiten, ob man mehr oder sehr viel mehr PolizistInnen braucht. Der Senat hat 16.160 Vollzugsbeamte in Berlin versprochen. Und es würde mir zunächst auch genügen, wenn wir diese 16.160 Beamte auch tatsächlich hätten. Nach den offiziellen Daten - unter Berücksichtigung von Teilzeit - fehlen uns aber 500 Kräfte. Dazu kommt ein Krankenstand von über 10%, die demographische Entwicklung etc. - das wird alles nicht berücksichtigt. Das wäre doch ein grünes Versprechen: diese Zahl von 16.160 versprochenen Beamten tatsächlich einzulösen.

Stahlige Argumente: Weniger Verfolgung von Bagatelldelikten - Schwarzfahren, Drogendelikte - und mehr Konzentration auf die „großen“ Verbrechen - geht nicht genau das am subjektiven Sicherheitsbedürfnis der Menschen vorbei?

Purper: Ich habe schon ein Problem mit dem Begriff Bagatelldelikt. Beispielsweise beim Thema Drogen: wo fangen wir da an? Der Joint? Beim Alkohol? Was ist, wenn Kinder in die Abhängigkeit gebracht werden? Ich bin vorsichtig, wenn hier von Bagatellen geredet wird. Wir müssen verstärkt in Richtung

Prävention arbeiten, auch wenn hier Erfolge nicht immer in Zahlen messbar sind. Wir brauchen den klassischen Kontaktbeamten, der vor Ort ansprechbar ist. Dieser Bereich der subjektiven Sicherheit ist in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Wir sind ausschließlich strafverfolgend tätig.

Lux: Ich finde nicht, dass der Besitz von ein paar Gramm Cannabis verfolgt werden muss - das sind Maserdelikte in Berlin! Nicht jedes Delikt muss vom Staat strafrechtlich verfolgt werden, häufig sind die Zivilgerichte genauso effizient, etwa bei Graffiti oder Schwarzfahren.

Wir reagieren im Moment praktisch nur anlassbezogen. Der Bereich Prävention wird vernachlässigt. Waffenbesitzer in der Stadt werden z.B. so gut wie gar nicht kontrolliert. Die Grünen waren immer dafür zu sagen: „Mehr Grün - jetzt mehr Blau - auf die Straße!“ Wir wollen den Kontaktbeamten erhalten und ausbauen. Unser Anspruch ist aber, das aus dem Personalbestand zu machen.

Klar: der vereinbarte Bestand muss tatsächlich erreicht werden - aber 500 mehr PolizistInnen zu versprechen, wie das die CDU tut, ist unredlich und unrealistisch.

Stahlige Argumente: Wir haben in den letzten Jahren viel über Linksextremismus in Berlin gelesen. Ein Grüner hat das Wort vom Kieztaliban geprägt. Wie groß ist die Gefahr von Linksextremen wirklich?

Lux: Seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm relativ groß und größer werdend. PolizistInnen werden angegriffen und es werden wahllos Autos angezündet - das ist ein Dauerthema, das uns auch weiter beschäftigen muss. Wir Grünen dürfen beim Thema linksextremistischer Gewalt nicht den Anschein erwecken noch nicht ausreichend sensibilisiert zu sein.

Purper: Ich erwarte von den Grünen - wie bisher - ein klares Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Straftat ist Straftat - ein Blinzeln auf dem linken Auge darf es nicht geben.

Stahlige Argumente: Wir mussten erleben, dass es zuletzt bei großen Demonstrationen - Stichwort Gorleben, Stichwort Stuttgart 21 - auch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Der Bundesvorsitzende der GdP sagte: „Es war ein Fehler der Bundesregierung den Atom-Großkonflikt wieder anzuhetzen und dies auf dem Rücken der Polizei auszutragen.“

Purper: Beim Thema Castor und Stuttgart 21 muss ich aus Sicht der KollegInnen klar sagen: Hier wird ein politischer Konflikt auf die Polizei delegiert, die dann als Sinnbild des Staates erhalten muss. Wir erleben, dass viele BürgerInnen nicht mehr nachvollziehen können, warum es zu diesen



© dsneuhaus / fotolia

Bewegungen mit der Polizei im Vergleich zu den 80er Jahren?

Purper: Meine subjektive Antwort: ja. Die politische Meinungsvielfalt wird von allen Schichten auf die Straße getragen. Früher war das nur Mittel einer bestimmten Gruppierung, eines kleinen Ausschnitts der Gesellschaft. Da hatte man als Polizei nicht den Eindruck, einem Querschnitt der Bevölkerung gegenüber zu stehen. Gerade bei Stuttgart 21 oder beim Castortransport der letzten Jahre hat sich ein anderes Bewusstsein entwickelt. Ganz deutlich: auch bei der Polizei! Wir sind als Polizei ja auch ein Querschnitt der Gesellschaft - und vollziehen damit auch gesellschaftliche Entwicklungen mit.

Lux: Junge Leute, die heute demonstrieren, haben wirklich Glück. Deeskalation und Sprache als „schärfste Waffe eines Polizisten“ sind heute allgemein anerkannte Werte. Beim 1. Mai wurden wir vor 10 Jahren noch

von Wasserwerfern über den Mariannenplatz gejagt - und ohne dass wir etwas getan hätten - in Gewahrsam genommen. Deeskalation war eben keine Selbstverständlichkeit - das muss man sich immer wieder vergegenwärtigen.

Stachlige Argumente: Die Grünen haben immer die namentliche Kennzeichnung von Polizisten gefordert. Was ist das eigentlich: ein Ausdruck der Demokratisierung der Polizei oder doch eher ein Ausdruck von Misstrauen?

Lux: Ich finde das grundsätzlich richtig. Es geht um Transparenz und Menschlichkeit - der Polizist bekommt einen Namen. Es geht auch um Kontrolle - natürlich! Ich nehme aber zur Kenntnis, dass die Akzeptanz dafür bei der Polizei nicht sehr hoch ist.

Purper: Hier kommen wir nicht auf einen gemeinsamen Punkt. Ich empfinde es in der Tat als Misstrauensvotum gegenüber den KollegInnen. In den meisten Fällen tragen die PolizistInnen bereits freiwillig Namensschilder. Aber es gibt sensible Bereiche, die nicht gerade gut auf die Polizei zu sprechen sind: die organisierte Kriminalität, Rockerbanden, arabische Großfamilien, Hooligans. Hier hat der Staat eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beamten, um die Sicherheit der KollegInnen und ihrer Familien zu gewährleisten. Eine

Zwangskennzeichnung gefährdet die Sicherheit.

Lux: Das kann ich nicht nachvollziehen. Die Gewalt gegen PolizistInnen - ein zunehmendes Problem! - kommt meist spontan. Bei Razzien gegen Banden oder in brenzligen Situationen bei Großlagen wollen wir natürlich nicht, dass die PolizistInnen sich erst mal namentlich vorstellen. In Gefährdungssituationen keine Namen!

Stachlige Argumente: Was erwartet Ihr in Zukunft voneinander?

Lux: Wir müssen häufiger über die Alltagskriminalität sprechen. Das Interesse der Medien konzentriert sich auf die großen Themen: Terrorismus, Extremismus, Castor. Die alltäglichen Probleme werden in der Politik zu wenig angegangen: 40.000 Körperverletzungen, neue Methoden bei Betrug etwa im „Tatort Internet“, kaum Aufklärung bei Diebstahlsdelikten. Wir brauchen einen kriminologischen Ratschlag in Berlin, an dem sich die PraktikerInnen beteiligen.

Purper: Wir sind immer zum Dialog bereit. Wir müssen auch über die Belastbarkeit der KollegInnen sprechen. Stichwort Vereinbarkeit Familie und Beruf - kann das denn überhaupt klappen, wenn man 6- oder 7-Tage-Wochen hat? Auch die Frage der Integration von MigrantInnen in die Polizei wollen wir mehr in den Mittelpunkt stellen.

Stachlige Argumente: Vielen Dank für Ihre Zeit!

Das Interview führte Ronald Wenke

ACTIONREICH IN DIE ZUKUNFT – Die Grüne Jugend Berlin

Montag 19 Uhr in der Dirschauer Straße: Zeit für das Aktiventreffen der Grünen Jugend Berlin. Heute ist der letzte Termin Ihres Zukunftsmonats. Armin Feistenauer, Landesvorsitzender der Grünen Jugend Berlin erklärt, dass sie immer wieder so genannte Themenmonate veranstalten, in denen sie sich einem bestimmten Themenkomplex widmen. Wobei man den Begriff „Monat“ nicht allzu wörtlich nehmen sollte: die Themenmonate der Grünen Jugend sind nämlich etwa 6 Wochen lang.

In vielem unterscheidet sich das Aktiventreffen der Grünen Jugend nicht sonderlich von Mitgliederversammlungen der Grünen Mutterpartei: Der Anfang der Sitzung wird großzügig um ein akademisches Viertel hinausgezögert, bevor mit einer obligatorischen Vorstellungsrunde begonnen wird. Die Grüne Jugend scheint jedoch wesentlich mehr daran gewöhnt zu sein, Neulinge in ihren Reihen zu begrüßen. Während bei einem Kreismitgliedertreffen der Grünen den Einsteigern schon einmal eine Reihe von Abkürzungen und Fachbegriffen um die Ohren fliegen, stellt man sich hier auf die grünpolitischen Anfänger ein und erklärt detailliert Abläufe wie zum Beispiel die quotierte Redeliste.

Aktuell ist also das Thema Zukunft dran. Armin berichtet, dass der Sinn des Zukunftsmonats sein sollte, den Blick ein bisschen zu weiten, nachdem zuvor durch Werkstätten die Orientierung eher auf den „Hier und Jetzt“ lag. Dazu wurden am Anfang des Zukunftsmonats die unterschiedlichen Visionen der Mitglieder gesammelt. Wobei diese nicht sonderlich viel Unbekanntes liefern:

Die Kennzeichnungspflicht für Polizisten, die Abschaffung des Gymnasiums und ein autofreier Innenstadtring sind alles Themen, die man durchaus schon einmal aus Richtung der Grünen Jugend vernommen hat.

Wie diese Ziele nun genau erreicht werden sollen, ist dagegen noch offen und hat sich auch im Verlauf des Zukunftsmonats nicht wirklich geklärt. Hier zeigt sich, dass die Grüne Jugend nicht als eigenständige Partei in einem Parlament sitzt, sondern lediglich einzelne Mitglieder als Vertreter der grünen Mutterpartei in Abgeordnetenhaus oder Bezirksverordnetenversammlungen an Bord sind. Und auch das bedeutet nicht, dass dort Positionen der Grünen Jugend mal eben so im Handstreich übernommen werden. Um Ihre Zielsetzung zu erreichen, muss die Grüne Jugend oft zwei Hürden nehmen, erklärt Armin. Erstens müssen die Bürgerinnen und Bürger erreicht werden und zweitens ist auch das Überzeugen der Grünen Mutterpartei eine Hürde, die es regelmäßig zu bewältigen gilt. Denn diese ist keinesfalls mit ihrem Nachwuchs immer einer Meinung.

Das der Zukunftsmonat ausgerechnet im September und Oktober stattfindet, ist übrigens kein Zufall: Dies sind die beiden Monate, in denen die Grüne Jugend Berlin jedes Jahr verstärkt Zuwachs bekommt. Dann nämlich, wenn eine große Zahl von Erstsemestern nach Berlin strebt, um hier als Studenten in eine neue Zukunft zu starten, zu der eben auch die Grüne Jugend gehören soll.



Eine Zukunft, die laut Armin in einem ganz speziellen Lebensgefühl liegt. „Zur Grünen Jugend zu gehen, verändert die Leute enorm“, sagt er. Es sei schon so, dass viele Leute plötzlich Positionen übernehmen, die sie vorher nicht vertreten haben. Die Vision einer Gesellschaft, die weitestgehend Tierprodukte frei ist, zum Beispiel. Eine weitere Veränderung, die an den Grünen Jugend Mitgliedern zu beobachten sei, fährt er fort, ist jedoch auch, dass die Leute lernen, besser zu Argumentieren. Auch ihre Anträge würden sich immer weiter verbessern. Die politische Nachwuchsarbeit scheint in diesem Punkt also zu funktionieren.

Eigentlich gibt es aber noch etwas ganz anderes, was den Grünen Jugend Mitgliedern viel mehr liegt, als Debatten und Anträge: Nämlich Aktionen. Darin sehen sie eindeutig ihre Hauptstärke meint Armin. Und ein paar Tage nachdem sie ihren Zukunftsmonat beendet haben, wendet sich die Grüne Jugend Berlin dann doch erst mal wieder dem Hier und Jetzt zu und spielt ihre Trumpfkarte Aktionsstärke aus: Es soll einen Flashmob zum Thema Anti-Atom geben.

Und so sammeln sich an dem sonnigen Herbsttag immer mehr Mitglieder unauffällig an der Ampel auf der Julius-Leber Brücke. Die Tatsache, dass sich dort bereits die SPD mit einem Stand breit gemacht hat, stört dabei nicht sonderlich. Ohnehin sind ihnen hier doch eigentlich zu wenige Leute - so erreicht man mit der Aktion ja niemanden! Es wird also kurzfristig umdisponiert. Als neuer Zielort wird der Winterfeldplatz ausgemacht. Dort ist am Samstag schließlich der große Markt, und wenn dort nicht ausreichend Publikum zu erwarten ist, ja wo denn dann? Um gut vorbereitet zu sein, werden auf der Julius-Leber-Brücke schon einmal die unterschiedlichen Rollen für die Aktion verteilt. Gesucht werden „Strahlenopfer“ und „Retter“ in weißen Schutzanzügen, außerdem ein Kommandogebir und natürlich Leute, die die Flyer verteilen, schließlich soll klar werden, worum es ihnen geht.

Bevor man kollektiv in Richtung Winterfeldplatz aufbricht, wird außerdem schon einmal die Kostümierung angelegt. Hier wird die Aktionsfreudigkeit einzelner Mitglieder dann kurzzeitig doch einer Belastungsprobe ausgesetzt: In einem weißen und irgendwie ziemlich engen Schutzanzug durch Schöneberg zu laufen, besitzt schon einen gewissen Peinlichkeitsfaktor. Aber was tut man nicht alles als Grüne Jugend Aktivist.

Der Fußmarsch wird zwar länger, als ursprünglich gedacht, kurz bevor jedoch der Gedanke aufkommt, dass man vielleicht falsch abgebogen ist, wird der Winterfeldplatz erreicht. Jetzt muss man sich nur noch gut postieren. Der Grundgedanke, auf dem Winterfeldplatz mehr Leute zu erreichen als auf der Julius-Leber-Brücke, stellt sich nämlich als allzu richtig heraus. So richtig, dass es schon ganz schön eng ist. Und wie soll man als „Strahlenopfer“ elegant auf den Boden sinken, wenn man damit rechnen muss, dabei auch gleich noch einen Gemüsestand mit zu Fall zu bringen?

Schließlich wird man fündig: Vor einem Restaurant ist ausreichend Platz und der Grüne Jugend Flashmob bringt sich in Stellung. Ein scharfer Trillerpfeifen-Pfiff leitet Runde eins des Flashmobs ein. Diese bringt jedoch noch nicht den erwünschten Erfolg. Es wird deutlich, dass es keine Proben gab, weder „Strahlenopfer“ noch die „Retter“ in den Strahlenanzügen sind in Ihren Rollen schon ganz angekommen. So bringt Runde eins nur von wenigen Passanten ein verwundertes Kopfschütteln, während der Großteil einfach weitergeht. Das kümmert die Grüne Jugend aber nur wenig, sie sind sich sicher, dass sie das besser können.

Also noch einmal kurz sammeln, die einzelnen Rollenprofile schärfen und ein paar Minuten warten, bis der Passantenstrom neue potenzielle Zuschauer vom Winterfeldmarkt hinübergespült hat. Dann startet Runde zwei und jetzt funktioniert das Ganze auch gleich wesentlich besser. Immer mehr Passanten werden aufmerksam und lassen sich bereitwillig erklären, was das ungewöhnliche Schauspiel bezwecken soll. Beflügelt vom Erfolg steigt die Laune der Grünen Flashmobber noch mal ein gutes Stück an. Dass es da noch weitere Verstrahlungsrunden geben soll, versteht sich fast von selbst. Nur der Schauplatz hat sich allmählich verbraucht und so ziehen sie weiter in Richtung Nollendorfplatz. Auf dem Weg dorthin werden gleich schon mal die Pläne für das nächste Wochenende diskutiert - das Wochenende, wenn der Castor wieder rollt und die Grüne Jugend wieder in ihrem Element sein wird: Voll in Aktion.



© hommen / photocase

Wer sind die eigentlich? – Die Grüne Mitgliederstudie

von Steffi Lemke

Unsere Partei wächst rasant. Heute waren es 51.504 Mitglieder - wenn dieser Artikel erscheint, werden es mindestens 100 mehr sein. Aber: Wir sind immer noch die an Mitgliedern kleinste Partei und brauchen doch jede helfende Hand und engagierten Kopf, gerade, wenn immer mehr WählerInnen uns ihr Vertrauen aussprechen. Bisher war Mitgliederwerbung nur etwas für eingefleischte Fans oder Geschäftsführer. Zweidrittel unserer Mitglieder gaben in einer Befragung offen zu, selten oder nie Mitgliederwerbung zu machen. Diese Zahl birgt ein großes Potential - wenn auch nur die Hälfte unserer Mitglieder jeweils ein neues Mitglied werben würde, wären wir größer als die FDP und fast so groß wie die Linkspartei. Was bewegt Menschen eigentlich, sich mit und für uns zu engagieren? Diese Frage zu stellen und zu beantworten ist wichtig für unser demokratisches und politisches Selbstverständnis als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das ganz zentral auf Mitmachen basiert.

Neue Ideen, politisches Engagement und Gestaltungswunsch müssen in unserer Partei verwirklicht werden können. Sonst kann es passieren, dass sich die neuen Mitglieder, die voller Elan zu uns kommen, frustriert wieder abwenden - und das wollen wir natürlich nicht. Also sollten wir neugierig fragen, was unsere Neumitglieder wollen - am besten sie selbst.

In der ersten Jahreshälfte 2010 wurden deshalb alle befragt, die seit Anfang 2009 Mitglied geworden sind - vorausgesetzt, wir hatten ihre E-Mail-Adresse. Die Resonanz war überwältigend: 63 % der gut 5500 angeschriebenen Mitglieder machten mit, was ein wirklich belastbares Stimmungsbild ergibt.

Warum sind die „Neuen“ eigentlich eingetreten? Fast zwei Drittel gaben an, sich politisch engagieren zu wollen und über die Hälfte, um sich für die Grünen Grundsätze einzusetzen. Weniger ausschlaggebend waren Gründe wie ein grünes familiäres Umfeld, einzelne aktuelle Themen oder das grüne Personal. Primär zählen: Inhalte, Inhalte und noch mal Inhalte. Also tun wir auch wegen unserer Mitglieder gut daran, weiterhin Sachorientierung und inhaltliche Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen.

Wer sind unsere Neumitglieder? 37% sind Frauen, was exakt dem Durchschnitt der Gesamtpartei entspricht und ein Indiz dafür ist, dass unser Frauenanteil stagniert. Im Schnitt sind unsere Neumitglieder 37,6 Jahre alt, also neun Jahre jünger als die bisherige Mitgliedschaft der Gesamtpartei. Damit bleiben wir die mit Abstand jüngste Partei. Und: 40% unserer Neumitglieder haben Kinder. Das bestätigt die Zukunftsorientierung unserer Politik, die uns Dreiviertel der Neumitglieder auch direkt bescheinigten. Übrigens: Auch die Grüne Jugend hat seit mehreren Monaten eine regelrechte Eintrittswelle.

Was tun unsere Neumitglieder? Die meisten sind Angestellte (37,5%) und Studierende/Schüler (27,3%). Selbstständig sind 14,7%, Beamte 7,4%, RentnerInnen und Erwerbslose je 3,6%. Wie unsere WählerInnen und Mitglieder, haben auch unsere Neumitglieder einen formal ziemlich hohen Bildungsabschluss. Zwei Drittel haben einen (Fach-)Hochschulabschluss. Das liegt sowohl deutlich über dem Anteil in der Gesamtbevölkerung als auch dem der anderen Parteien.

Wir haben in den letzten zwei Jahren mindestens ein Fünftel unserer Mitgliedschaft neu hinzugewonnen. So viele neue Mitglieder in unserer Partei willkommen zu heißen und konkret in die Grüne Arbeit einzubeziehen ist eine wichtige und in manchen Kreisverbänden in dieser Dimension neue Aufgabe. In unserer Befragung sagten über 80%, dass sich ihre Erwartungen an die Partei weitgehend oder ganz erfüllt hätten. Das ist erst einmal ein tolles Lob! Aber es gab auch Kritik. Vor allem wurde angemerkt, dass die persönliche Einbindung fehle. Da die erste Anlaufstelle für die neuen Mitglieder meist ihr Kreis- oder Ortsverband ist, sind hier persönliche AnsprechpartnerInnen besonders wichtig. Wir sollten uns alle gemeinsam bemühen, an einer Parteikultur weiter zu arbeiten, die möglichst offen für breite demokratische Teilhabe ist, die dazu einlädt, sich zu beteiligen und in der die Wünsche und Vorstellungen der Neuen selbstverständlich integriert werden. Hier sind wir als Grüne sicher beispielhaft - aber es bleibt auch noch manches zu tun.

Steffi Lemke,
Bundesgeschäftsführerin
von Bündnis 90/Die Grünen

Selbstbewusstsein und Realitätscheck - wie sich die Bezirksgruppen auf die Wahl 2011 vorbereiten

„Eine Stadt für Alle“ wird das Motto von Renate Künast sein, wenn sie im Sommer 2011 antritt, um Regierende Bürgermeisterin von Berlin zu werden. Das bedeutet für sie auch, mit einem Programm anzutreten, das alle Politikbereiche gleichermaßen gut abdeckt. Längst vorbei sind die Zeiten, in denen sich Grüne nur auf Umwelt- und Klimaschutz und eine gute Bildungspolitik konzentrieren konnten. Von der bislang in Wahlumfragen stärksten Partei erwarten die Menschen natürlich Antworten - auch zu heiklen Themen wie der Inneren Sicherheit oder der Wirtschaftspolitik. Deswegen jagt in diesem Herbst eine programmatische Veranstaltung die nächste - fast kein Wochenende, ohne dass zu einem brennenden Problem Berlins eine „grüne Werkstatt“ oder ein „Konzeptforum“ tagt. Die Grünen nehmen die Verantwortung an, die mit dem Anspruch „Regierende Bürgermeisterin“ verbunden ist.

Aber nicht nur auf Landesebene - auch in den Bezirken steht die Partei vor enormen Herausforderungen. Gleich in mehreren Bezirken könnten sich die Bündnisgrünen nach der Wahl plötzlich in der Rolle der stärksten Kraft wiederfinden. „Es hat sich gezeigt, dass wir bei Problemen für viele Menschen im Bezirk die erste Anlaufstelle sind“, meint zum Beispiel Katrin Schmidtberger, Mitglied in Friedrichshain-Kreuzberg, wo das Kunststück bereits 2006 gelungen ist. „Wir haben gelernt, was es heißt für Lösungen Verantwortung zu übernehmen.“

Antworten auf alle großen Themen geben, einen klaren grünen Faden zu behalten und gleichzeitig möglichst auch viele Bürgerinnen und Bürger mitnehmen - das ist ein Spagat, den die Bezirke nun angehen. In Friedrichshain-Kreuzberg lud der Kreisverband alle Interessierten zum öffentlichen Diskussionsauftakt in eine Grundschule. Daraus sind zehn Arbeitsgruppen entstanden, die nun Schwerpunkte für das Programm definieren sollen. Auch im Bezirk Mitte holte man sich externen Sachverstand für den Start der Wahlprogrammdiskussion. Bei der großen „Mitte-Konferenz“ Ende Oktober diskutierte man mit Vertreter und Vertreterinnen der IHK oder mit Schulleitern und Schulleiterinnen (bzw. es war eine als Referentin da). In Steglitz-Zehlendorf will sich die Bezirksgruppe mit ihrem Wahlprogrammwurf im Januar der kritischen Öffentlichkeit stellen: „Auf unserer Zukunftskonferenz wollen wir mit möglichst vielen Trägern und Verbänden aus dem Bezirk unsere Visionen für den Bezirk diskutieren.“ meint

Carsten Berger, Fraktionsgeschäftsführer. Ziel soll es sein, noch einmal einen Realitätscheck einzubauen, bevor das Wahlprogramm dann (das Wort „dann“ streichen) im Februar beschlossen wird.

Aber nicht nur inhaltlich - auch personell sind die Wahlen eine Herausforderung. Die Umfragen sagen eine Verdoppelung der Mandate in den Bezirksverordnetenversammlungen voraus. Damit stehen die Grünen in der Hälfte der Bezirke vor der Frage, ob sie eigentlich mit einem Kandidaten oder einer Kandidatin für das Amt des Bürgermeisters antreten sollen. Bis jetzt gibt es nur in der grünen Herzkammer Berlins - in Friedrichshain-Kreuzberg - einen grünen Bürgermeister: Franz Schulz. Entschieden hat sich der Kreisverband Pankow: „Klar, wir werden mit einem eigenen Kandidaten antreten!“, sagt Oliver Jütting, Kreisvorsitzender. „Wir wollen stärkste Kraft werden und wir können das auch schaffen!“ Etwas zurückhaltender formuliert es seine Kollegin aus Steglitz-Zehlendorf, Julia Löffler: „In unserem Bezirk sind wir auf Augenhöhe mit der SPD und der CDU. Wir werden im Frühjahr entscheiden, ob wir eine Kandidatin als Bürgermeisterin nominieren.“

Eine Verdoppelung der Mandatszahlen wird viele Kreisverbände stark beanspruchen. Nicht nur die Mandate selbst müssen erreicht werden. In vielen Bezirksgruppen ist es usus (anstelle von „usus“: üblich), eine doppelt so lange Liste an potentiellen BVVlern und BVVlerinnen aufzustellen, als voraussichtlich benötigt werden. Immer wieder müssen Frauen und Männer nachrücken, weil andere ihre Mandate aus beruflichen oder persönlichen Gründen nicht mehr wahrnehmen können. Um dem zu begegnen, machen sich viele Bezirke Gedanken, wie sie neue Mitglieder an die BVV-Fraktion heranführen können. Marzahn-Hellersdorf z.B. hat im vergangenen Jahr 10 neue Mitglieder gewonnen - die sollen nun mit Neuentreffen und einem „Mini-Mentoring“ angesprochen werden. Gerade in den östlichen Kreisverbänden geht man an die Grenzen: „Unsere größte Sorge ist, dass wir diesen Wahlkampf mit unseren

begrenzten finanziellen und personellen Mitteln nicht schaffen.“ meint zum Beispiel Nickel von Neumann, Sprecher der Partei / des grünen Kreisverbandes aus Marzahn-Hellersdorf. Hier wird besonders auf Hilfe vom Landesverband gehofft. Dort sind in Zusammenarbeit mit dem Kommunalpolitischen Forum (KoPoFo) und dem Bildungswerk Berlin (Biwak) besondere Seminare zur Weiterbildung geplant. So sollen BVV- und Ausschusssitzungen besucht und in einem Rollenspiel die künftige Mandatsträgerschaft geprobt werden. Im Dezember wird es eine Auftaktveranstaltung für alle Interessierten geben. In den größeren Bezirken versucht man die Neuen eher über die direkte Einbindung in die Alltagsarbeit zu integrieren. Pankow, Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf setzen außerdem auf je eigene Mentoringprogramme. Dabei werden interessierte Frauen und Männer von erfahrenen BVVlern und BVVlerinnen gecoacht. Sie begleiten ihre Mentoren bei ihrem Alltag und erhalten so einen Einblick auch in die Arbeits- und Zeitbelastung, die ein BVV-Mandat mit sich bringt. Auch in Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg überlegen sich die Steuerungsgruppen für den Wahlkampf, wie Mentoringprogramme ablaufen können.

Besonders wichtig ist in allen Bezirken die Ansprache von Frauen: „Obwohl fast der Hälfte der Neumitglieder aus Frauen besteht, schlägt sich das nicht unbedingt in der Zahl der Aktiven nieder“, beklagt zum Beispiel Julia Löffler, „Noch immer ist die Bezirkspolitik, wie so viele andere Bereiche auch, von Männern dominiert.“ Bündnis 90/Die Grünen bestehen seit je her auf dem Motto „Die Hälfte der Macht für Frauen“ - das heißt eben auch, dass alle Listen mindestens abwechselnd von Frauen und Männern zu besetzen sind. Dabei ist das Geheimnis, Frauen für Politik zu begeistern, gar nicht so groß. Vor allem ein gutes Miteinander und klare Strukturen sind für Julia Löffler besonders wichtig: „Wir leben nach wie vor in einer patriarchalen Gesellschaft, die auch oft im Diskussionsverhalten z.B. auf Kreismitgliederversammlungen widerspiegelt wird. Aggressives Redeverhalten wirkt oft abschreckend und nicht sehr einladend, besonders, wenn man oder gerade frau erst in eine Bezirksgruppe herein schnuppert.“

Ronald Wenke,
Mitglied der Redaktion



LAG DEMOKRATISCHE RECHTE

Gemeinsam mit der LAG Demokratie und Recht Brandenburg diskutierten wir die Sicherungsverwahrung in Berlin und Brandenburg. Dabei zeigten die Referenten Rechtsanwalt Sebastian Scharmer, der Sicherungsverwahrte vertritt, und Jerzy Montag (MdB) die Folgen der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte auf.

Berlin und Brandenburg müssen in den kommenden Monaten und Jahren einige der Sicherungsverwahrten, die nach Verbüßen ihrer Strafe inhaftiert blieben, freilassen. Dazu braucht es für sie Vorbereitungen auf die Entlassung und, schon in der Haft, Therapieangebote.

LAG MEDIENPOLITIK

Für Demokratie und Gesellschaft sind die „klassischen Medien“ Radio und TV von enormer Bedeutung. Daher wollen wir einen qualitativ hochwertigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von Politik und Regierung unabhängig seinen Bildungs- und Informationsauftrag erfüllt und mittels Gebühren finanziert wird.

Den gleichen Stellenwert hat heutzutage die Netzpolitik. Gemeinsam mit anderen LAGen haben wir über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die „klassischen Medien“, Fragen des Jugendschutzes und des Urheberrechtes im Internet sowie über die Netzneutralität diskutiert.

NEUKÖLLN

2. Neuköllnkonferenz erfolgreich!

Am 12. November fand im Interkulturellen Zentrum Genezareth bereits die zweite Neukölln-Konferenz statt. Die Fraktionen der Grünen im Abgeordnetenhaus und der BVV Neukölln luden gemeinsam zur Diskussion unter dem Motto „Soziale Stadt im Klimawandel“ wurde das Für und Wider einer ökologischen IBA (Internationale Bauausstellung) auf dem Tempelhofer Feld erörtert. Knapp 100 hochkarätige Gäste aus verschiedenen NGOs aber auch mit Senatsbaudirektorin Lüscher stritten zum Teil kontrovers darüber, ob etwa der Neubau von Wohnbebauung die schwierige soziale Lage in Nord-Neukölln verbessern könnte. Welche Infrastrukturverbesserungen können für die anliegenden Kieze erreicht werden? Brauchen wir wirklich eine IBA auf dem Tempelhofer Feld und wie dezentral sollte diese gestaltet werden? Die Dokumentation der 2. Neuköllnkonferenz mit spannenden Ergebnissen wird demnächst auf der Webseite der Fraktion veröffentlicht.

LAG GESUNDHEIT UND SOZIALES

Im Gesundheitsbereich setzt die LAG den Schwerpunkt auf Prävention, aktuell ist dies die Tabak-Prävention. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Volksinitiative für besseren Schutz von NichtraucherInnen. Aktuelles Thema war auch die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und die Verbesserung der Versorgungssituation. Die Umstrukturierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und die Krankenhausplanung sind und bleiben Schwerpunktthemen für das Land Berlin. Eine qualitativ hochwertige ambulante und wohnortnahe Versorgung der BürgerInnen sind BündnisGrüne Kernthemen.

Der Bereich Soziales hat die Entstehung des Wohnteilhabegesetzes und der Pflegestützpunkte aktiv begleitet. Diskutiert wurde, wie Kinderarmut und ihren Folgen begegnet werden kann. Auf der Tagesordnung ist und bleibt die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention in Berlin, insbesondere Inklusion und Barrierefreiheit.

LAG MIGRATION

In der LAG werden die Themen Migration, Integration, Gleichbehandlung und Flucht diskutiert und grüne Positionen formuliert. Die LAG ist ein Forum für alle Aktive und Interessierten, unabhängig davon, ob sie sich Bundes-, Landes- oder Bezirksebene engagieren. Wir wollen dafür sorgen, dass vorhandene Kompetenzen innerhalb der Partei und im Umfeld gebündelt und bei Bedarf schnell abgerufen werden können. Schwerpunkte unserer Arbeit in der letzten Zeit waren u.a. die Arbeit der BEzirklichen Beiräte und Beauftragten, die Situation der Roma in Berlin, die Integrationspolitik des Senates und Antidiskriminierungspolitik. Kontakt: alexander.klose@fu-berlin.de oder susanna.kahlefeldt@online.de

REINICKENDORF

Wo sich Fuchs und Igel guten Tag sagen

Nach längerer Vorbereitungszeit war es am 29. Oktober endlich so weit: Die neue Kreisgeschäftsstelle in Reinickendorf wurde eingeweiht. Das Wetter spielte mit und so wurde direkt die Grilltauglichkeit des Vorplatzes unter Beweis gestellt. Neben Landesgeschäftsführung und -Vorstand sowie zahlreichen Besuchern, ließ es sich auch Bundestagsfraktionsvorsitzender Jürgen Trittin nicht nehmen, dem Reinickendorfer Kreisverband persönlich zu gratulieren. Der übrigens hat seinem neuen Heim sogar einen richtigen Namen gegeben: Frei benannt nach dem Reinickendorfer Wappentier, trifft man sich dort ab jetzt im „Grünen Fuchs“.

Energie aus Biomasse – für und wider

Bei den Berliner Grünen gärt ein Konflikt um Biomasse. Die Landesdelegiertenkonferenz am 7. November hat beschlossen: „Auch die energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe für die Gebäudewärme - wie die Verbrennung von Holz in effizienten Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung - ist für uns eine Übergangslösung [ins solare Zeitalter]“. Offen blieb aber, welche ökologischen, sozialen und regionalen Anforderungen die Partei an Biomasse-Nutzung stellt und in welchem Ausmaß diese energetisch genutzt werden soll. Zur Vorbereitung dieser Entscheidung wurde eine Biomasse-Kommission eingerichtet.

Beschluss der LDK: www.gruene-berlin.de



Schneller raus aus Kohle und Öl

Die Wärmeenergie in Berlin wird heute zu etwa 97% aus Kohle, Gas und Öl gewonnen. Wir importieren diese Rohstoffe, die oft unter unzumutbaren Bedingungen für Mensch und Natur gefördert werden. „Die wahren Kosten der Kohle“ hat Greenpeace in einem 90-seitigen Bericht dargestellt, der zeigt auf, wie der Kohleabbau Ureinwohner vertreibt, Bergarbeiter tötet, Gewässer vergiftet. Die Folgen der Erdölförderung für Menschen und Natur sind seit „Deep Water Horizon“ nicht nur aus Nigeria, Peru oder dem Sudan bekannt. Bei der Erdgasförderung entstehen radioaktive Abfälle; nach einer Studie der Universität Baku ist z.B. Kasachstan dadurch stärker radioaktiv verseucht als durch die dortigen Atombombentests. Und auch von den Folgen der Erderhitzung treffen die Menschen in den ärmsten Ländern am stärksten.

Berlin durch Energieeffizienz, Einsparung und erneuerbare Energien unabhängig von den fossilen Energien zu machen, ist auch eine Aufgabe der internationalen Gerechtigkeit.

Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien machen sich durch die eingesparten Energiekosten wieder bezahlt, aber oft erst nach 10 bis 20 Jahren. Erstmal führen sie aber zu Mehrkosten für die Mieter. Deshalb können wir nur schrittweise umsteigen. Das darf aber keine Bestandsgarantie für Kohlekraftwerke und Ölkessel sein, darum setzen wir auf Übergangslösungen wie Erdgas als kleineres Übel. Auch Biomasse ist eine Übergangslösung, mit der wir unsere Ausbeutung von Mensch und Natur im Vergleich zu Kohle, Öl und sogar Gas verringern können. Dafür brauchen wir weitreichende und unabhängig kontrollierte soziale und ökologische Standards für die Biomassenutzung.

Zu den prinzipielle Einwänden von Franziska Eichstädt-Bohlig: Nach Ansicht des Naturschutzbunds NABU sind Energiewälder „hochwertiger und umweltverträglicher einzuschätzen sind als intensiv genutzte Ackerkulturen“. In der Region gibt es viele landwirtschaftliche Grenzertragsflächen, die dafür in Frage kommen. Dass die Nahrungsmittelproduktion Vorrang vor dem Anbau von Energiepflanzen haben muss, ist prinzipiell richtig. Unverständlich ist diese Beschränkung aber für die EU, die derzeit mit ihrer hochsubventionierten Nahrungsmittelüberproduktion viele Kleinbauern in sogenannten Entwicklungsländern in den Ruin treibt.

Auch international gibt es Flächen, die weder landwirtschaftlich genutzt werden noch ökologisch wertvoll sind. Allein die schwer degradierten Flächen machen weltweit 3,5 Milliarden Hektar aus, teilweise wäre hier Energiepflanzenanbau ökologisch nicht nur weniger schlecht als Gas sondern sogar positiv. Und ein Schifftransport aus Übersee verursacht nicht mehr CO2 als 200 km LKW-Transport.

Vattenfalls angekündigte Nachhaltigkeitsstandards sind unzureichend und das schon vorab ein Liefervertrag mit Liberia abgeschlossen wurde, ist unakzeptabel. Wir sollten Vattenfall auf weitreichende ökologische und soziale Standards verpflichten und darauf, dass nur aus Regionen geliefert werden darf, in denen eine unabhängige Kontrolle dieser Standards möglich ist. Wenn dies gelingt, können wir damit die Ausbeutung von Menschen und Natur für unseren Wärmebedarf schneller verringern.

Michael Schäfer, MdA

Biomassekraftwerk in Berlin – Die Grenzen des Einsatz von Energie aus Biomasse ernst nehmen!

Natürlich war es für uns Grüne ein großer Sieg, als Vattenfall endlich klein beigegeben hatte und sich bereit erklärte, seine Pläne für ein neues Kohlekraftwerk in Klingenberg zugunsten von Gaskraftwerken und ein bis zwei Biomassekraftwerken mit insgesamt 150 MW aufzugeben. Dennoch dürfen wir uns mit diesem Ergebnis nicht zufrieden geben, denn soviel Biomasse gibt die Region Berlin-Brandenburg und ein Einzugsbereich von 200 km nicht her.

Es sind vier zentrale Gründe, warum wir der Natur eigentlich nur Abfälle und nicht rückführbare Reststoffe entziehen und für die Umwandlung in Energie nutzen dürfen.

Erstens: Die Bildung von Humus und Muttererde ist die Basis für alles pflanzliche Wachstum. Jede Gärtnerin pflegt ihren Komposthaufen. Jeder Wald braucht das Totholz. Die Humusbildung unserer Ackerböden nimmt aber immer mehr ab. Dem müssen wir entgegenwirken statt diesen Prozess zu verstärken.

Zweitens: Die Pflanzung von Kurzumtriebsplantagen ist schädlich für Natur- und Klimaschutz. Es kann an einigen Orten (alte Rieselfelder, Tagebauflächen, Militärbrachen) für ein paar Jahre sinnvoll sein, mit Kurzumtrieb zu arbeiten. Längerfristig müssen solche Flächen aber so renaturiert werden, dass sich dort Humus und lebendige Biomasse bildet, die CO2 bindet. Erhalt und Schaffung von Natur- und Landschaftsräumen, Artenvielfalt und vitale Biomasse brauchen Vorrang vor der Biomasseverbrennung. Und zwar überall auf der Erde.

Drittens: Selbstverständlich muss die landwirtschaftliche Nahrungs- und Futtermittelproduktion Vorrang haben vor dem Anbau von Energiepflanzen.

Viertens: Auch die Nutzung von pflanzlichen (Rest-)Stoffen für ökologische Materialien wie Textilien oder Dämmstoffe muss vor die energetische Verwertung gesetzt werden. Gerade in der Nutzung und Entwicklung von biologischen Dämmstoffen haben wir riesigen Bedarf.

Da diese Regeln überall auf der Erde gelten, darf die energetische Verwertung von Biomasse sich wirklich nur auf nicht anders verwertbare pflanzliche und tierische Abfälle und Reststoffe beziehen und muss regional organisiert werden. Wenn die Zertifizierung von Holz wirklich umfassend ist, muss sie die Restnutzung von Altholz für die Humusbildung vor Ort vorsehen.

In Berlin und im Umland befinden sich derzeit eine Reihe von Biogasanlagen in Planung, im Bau und im Betrieb. Es wird Zeit, dass Brandenburg und Berlin gemeinsam planen, wie einerseits die verfügbaren Abfälle optimal genutzt werden können und wo andererseits die Grenzen der energetischen Biomasseverwertung gesetzt werden müssen.

Für die warme Wohnung im Winter setzen wir verstärkt auf gute Dämmung und auf Geothermie, Solarthermie, Abwasserthermie. Und wenn wir dem Passivhausstandard nahe sind, darf der Restheizbedarf auch aus regenerativ erzeugtem Strom kommen.

Franziska Eichstädt-Bohlig, MdA



© jörn buchheim - fotolia

ANDERS WIRTSCHAFTEN

– ein Entwicklungskonzept für Berlin

Das Denkmodell **Anders Wirtschaften** bedeutet für uns eine schnellstmögliche und sozial abgefederte Abkehr von dem selbstzerstörerischen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen.

Wir Bündnis-Grüne legen Wert darauf, dass Wirtschaften kein Zweck ist, sondern Mittel zur Sicherung bestmöglicher Lebensbedingungen für die gegenwärtigen und kommenden Generationen.

Kooperation statt Konfrontation

Die Industrie muss in ihrer Produktion ressourcensparender werden. Zwar werden heute schon in den meisten Fällen aus Kostengründen alle bekannten Möglichkeiten ausgeschöpft, aber die Forschung auf diesem Gebiet muss noch intensiviert werden. Steigender Ressourcenbedarf und zunehmende Verlagerung großer Produktionseinheiten in Schwellenländer können aufgrund der dort herrschenden Bedingungen zu erheblichen Schädigungen von Umwelt und Gesundheit führen. Wir wollen weg von einem weltwirtschaftlichem Regime der Konfrontation und hin zu einem der Kooperation.

Berlin hat das Potential, eine ökologische Modellregion zu werden.

Fair trade ist ein erster Ansatz, der bereits von vielen Berlinerinnen und Berlinern im täglichen Handel gelebt wird. Fair trade ist aber auch ein Modell für die Beschaffungen der öffentlichen Hand und Unternehmen unserer Region. In unserer Stadt müssen neue Technologien entwickelt und umgesetzt werden. Sind Produktionsbedingungen oder entsprechende Rohstoffe hier nicht vorhanden, sollte mit solchen Ländern kooperiert werden, die über entsprechende Bedingungen verfügen, wobei die Einhaltung ökologischer und sozialer Mindeststandard geboten ist.

Energetische Sanierung und Gute Arbeit – Motoren der Binnenkonjunktur

Die energetische Sanierung ist ein Einstieg in die ökologische Modernisierung dieser Stadt. Das bietet vor allem kleinen Unternehmen die Möglichkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen, was die lokale Wirtschaftskreisläufe stärkt und die Sozialkassen entlastet - aber auch Kosten erzeugt. Die Möglichkeiten, die Investitionen auf Mieten umzulegen kann zu erheblichen Mietsteigerungen führen. Die soziale Komponente rückt in den Fokus: Wollen wir die flächendeckende energetische Sanierung, wird Berlin als MieterInnenstadt nicht umhinkommen, die Kosten gerecht zu verteilen. Dies trifft auch auf die EigentümerInnen zu, denn nicht jedeR HausbesitzerIn ist in der Lage, die finanziellen Belastungen zu tragen. Nicht zuletzt ist nur eine Arbeit mit einem existenzsichernden Einkommen mit der Idee des Anders Wirtschaften vereinbar. Die derzeit aktuelle Zunahme prekärer Beschäftigung, oft einhergehend mit einer Niedriglohnstrategie, führt zu einer gesellschaftlichen Abwärtsspirale.

Anders Wirtschaften heißt Potentiale entdecken

Anders Wirtschaften bedeutet Wirtschaft, Ökologie und Soziales konsequent zusammenzudenken. Innovative Konzepte die die Idee des Anders Wirtschaften unterstützen, brauchen Freiraum für ihre Erprobung. Dort, wo neue Ideen entwickelt werden entstehen neue Strukturen. Aufgabe Bündnis-Grüner Wirtschaftspolitik ist es, diese kreativen Potentiale für die ökologisch-soziale Modernisierung aufzuspüren und zu unterstützen.

Ajibola Olalowo, Wolfgang Remmers und Marc Urbatsch,
Mitglieder der LAG Wirtschaft

DER STAAT HAT SOZIAL ZU SEIN - IM PRINZIP



Armut hat ein Gesicht: Das einer ständigen alltäglichen Überforderung.

Die Überforderung, mit finanziellen Mitteln auskommen zu müssen, mit denen häufig schon der 20. Monatsende bedeutet. Überforderung, einem gesellschaftlichen Ausschnitt anzugehören, in dem alle Beteiligten nur das Ziel haben, genau diesem Ausschnitt entfliehen zu wollen. Überforderung, weil die laufende Suche nach Perspektive ihre Grenze bereits dort findet, wo die Drehtüren des Jobcenters seine Kunden mit 1-Euro Jobs und Eingliederungsvereinbarungen begrüßt, notfalls auch per Verwaltungsakt.

Im Prinzip hat der Staat sozial zu sein, wie die deutsche Verfassung im auslegungsfähigen Auffangbecken des Artikel 20 unseres Grundgesetzes es sich wünscht. Nun kann sich eine Verfassung nichts wünschen: Vielmehr handelt es sich um einen laufenden Aushandlungsprozess gesellschaftlicher Kräfte. Und die derzeitige Bundesregierung ist auch fleißig am Werk. Teilhabe heißt das Wort, das in Gewänder gekleidet werden muss. Kaum entdeckt, scheint der verfassungsgerichtlich erzwungene Solidarbegriff im Regierungshandeln das Schicksal einer Eisscholle im Klimawandel zu teilen: Die Teilhabe aller schmilzt dahin unter Schlagwörtern wie Leistungsgerechtigkeit, Lohnabstandsgebot oder Lohnersatzleistung, mit denen die Vorgabe einer soziokulturellen Teilhabe aller an der Gesellschaft klienteladäquat eingehengt werden kann. Wird Gerechtigkeit über Leistung eingegrenzt, so funktioniert das als gesellschaftlicher Kitt allenfalls, wenn das Versprechen eingelöst werden kann, dass jeder, der sich anstrengt, auch eine Perspektive auf einen auskömmlichen Lohnerwerb hat. Ansonsten dient er nur als Schutzmauer für vorhandene Besitzstände oder als Begründungsmuster für Sanktionsandrohungen gegenüber Arbeitssuchenden, wie derzeit zu besichtigen ist.

Die Suche nach der verfassungsrechtlichen Grenze

Im Februar diesen Jahres hat das Bundesverfassungsgericht einen delikaten Auftrag erteilt. Die Berechnungsgrundlagen der Regelleistungen gemäß dem SGB II wurden für verfassungswidrig erklärt. Ein menschenwürdiges Existenzminimum sichere jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind, wie das Gericht ausführt. Es erkennt diese Teilhabe als unveräußerlichen Gewährleistungsanspruch eines jeden an und ergänzt: Die Konkretisierung obliegt dem Gesetzgeber, dem hierbei ein Gestaltungsspielraum zukommt.

Die Frage nach einer soziokulturellen Teilhabe könnte nun im politischen Raum ein völlig neues Fenster öffnen: Ohne eine Fixierung auf den Erwerbslohn hätte ein Diskurs darüber eröffnet werden können, auf welchem Menschenbild unsere Solidargemeinschaft beruht und wie an dieser Leitlinie der Gewährleistungsanspruch auf Teilhabe, wenn auch auf bescheidenem Standart, eingelöst werden kann.

Statt diesen Spielraum zu nutzen, wird von der Bundesregierung das Urteil schlicht dazu benutzt, politische Verantwortung abzulegen. Die Teilhabefrage wird nach Kassenlage mathematisiert. Dieser fehlende Gestaltungswillen verlangt dringend nach Korrektur. Dass nicht das verfassungsrechtlich gerade noch Mögliche Maßstab sozialstaatlicher Solidarität sein darf, zeigt uns Ekin Deligöz, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion, an einem grünen Denkmodell auf: Der Kindergrundsicherung.

© tooties - photofocase

"Die moralische Verurteilung muss aufhören"

Stachlige Argumente: In Berlin liegt aktuell die Kinderarmutsquote bei etwas über 20 %. Was bedeutet eigentlich Armut für Kinder?

Ekin: Armut hat viele Gesichter. Bei dem einen Kind ist es das Geburtstagsfest, das nicht stattfinden kann, bei dem anderen schon das Mittagessen in der Schule, das nicht bezahlt werden kann oder das Frühstück, das fehlt. In Armut lebende Kinder nehmen häufig nur noch in einer Zuschauerposition teil. Grundsätzlich gilt: Wir dürfen Kinder in dieser Situation nicht alleine betrachten, wir müssen sie immer als Teil der Familie sehen. Wenn das Elternhaus stark unter Druck steht - und dabei ist materielle Armut nur einer der Gründe, die den Menschen die Mündigkeit nimmt - dann kriegen das natürlich auch die Kinder mit.

Nicht Kinder sind arm, sondern die Familien, in denen sie leben. Unglücklicherweise wird in dieser Situation häufig ein Schuldiger gesucht: Eltern sind schuld, dass die Kinder kein Frühstück haben, sie sind schuld, wenn das Kind kein Erfolg in der Schule hat. Mal sind es die Arbeitslosengeld II-Empfänger, mal die Alleinerziehenden. Da sind viele Vorurteile im Spiel. Politiker sind gut beraten, Lebenslagen von Menschen nicht moralisch zu verurteilen. Sozialpolitik muss sich an den Menschen orientieren. Vereinfachende polemischen Debatten, etwa nach der Art: „Die alleinerziehende Mutter ist selber Schuld, wenn sie keinen Mann halten kann“, um einen CSU-Ausschusskollegen zu zitieren, zeugen von einer Politik, die keine Antworten hat.

St. Argumente: Wir Bündnisgrüne verfolgen das Konzept der Kindergrundsicherung. Wo setzt das an?

Ekin: Unser Familienfördersystem ist sehr steuerlastig mit der Folge, dass der Staat Kindererziehung unterschiedlich honoriert. Wir haben Leistungen im Bereich ALG II, das Kindergeld und Steuerfreibeträge. Wenn Eltern sehr gut verdienen, profitieren sie von den Kinderfreibeträgen, was dazu führt, dass sie monatlich mehr Geld für ihre Kinder erhalten, als Kindergeldempfänger. Das Ganze wird durch weitere absetzbare Leistungen getoppt: Etwa für die Kinderbetreuung, haushaltsnahe Dienstleistungen oder die Privatschule. Wenn wir Kinderarmut bekämpfen und verhindern wollen, dann kann es nicht staatliche Aufgabe sein, die Besserverdiener steuerlich zu privilegieren, sondern gerade Familien mit geringem Einkommen müssen finanziell stabilisiert werden.

Stachlige Argumente: Wie wird die Kindergrundsicherung umgesetzt?

Ekin: Der Grundgedanke ist: Jedes Kind ist gleich viel Wert - aber nicht jedes Kind braucht die gleiche Förderung. Die Höhe der Kindergrundsicherung würde über den derzeitigen Kinderregelsätzen liegen, ein Vorschlag sind 330,- Euro pro Kind pro Monat. Da Kinder ja immer Teil der Familie sind, wollen wir, dass die Leistungsfähigkeit der Eltern berücksichtigt wird. Die Kindergrundsicherung soll daher besteuert werden. Damit würden wir die derzeitige Situation umkehren: diejenigen, die am meisten Unterstützung brauchen, kriegen auch am meisten.

Das Menschenbild, das dahinter steht, ist: Die Menschen sind mündig und können mit Geld umgehen. Bei materiellen Notlagen sollte man den Eltern nicht pauschal unterstellen, sie würden das Geld nicht ihren Kindern zu Gute kommen lassen.

Wir wollen es den Eltern der Kinder überlassen, wie sie die Mittel einsetzen. Die derzeit von Frau von der Leyen geplante Situation ist unhaltbar. Sie macht die Menschen zu Bittstellern, die in der Arbeitsagentur um die Förderung für ihre Kinder ersuchen sollen. Nicht nur, das Kinder in die Struktur des Förderns und Forderns der Arbeitsagenturen überhaupt nicht hineinpassen. Kinder zu fördern ist die Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort und nicht der Agentur. Die Kindergrundsicherung entbindet uns allerdings nicht davon, weiter an einer qualitativ hochwertigen Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur zu arbeiten, die allen Kindern eine Chance gibt. Materielle Armutsbekämpfung und bestmögliche Förderung in Infrastruktureinrichtungen müssen Hand in Hand gehen.

Stachlige Argumente: Wie kommt es eigentlich dazu, dass es sich unsere Gesellschaft leistet, etwa 15 % der Bevölkerung in Armut leben zu lassen?

Ekin: Ich möchte mal eine gewagte These aufstellen: Die geschlossensten Strukturen in unserer Gesellschaft weisen die Eliten auf. Und diese fürchten um ihre Privilegien. Das zeigte sich in Hamburg bei der Schulreform und zeigt sich bei der Verteidigung des Ehegattensplittings oder der Absetzbarkeit diverser Kosten. Die unsägliche Leitkulturdebatte vermittelt dazu das Bild, dass eine Kultur höherwertig sei als die andere. Wenn wir die Probleme bewältigen wollen, müssen wir den Menschen Perspektiven schaffen. Davon profitiert die gesamte Gesellschaft - als eine demokratische Gesellschaft und als eine Gesellschaft in der Selbstfindung ihrer Identität.

VON DER ENTSOLIDARISIERUNG IN DER LOHNARBEITSWELT

Wie ausgrenzende Mechanismen wirken, zeigt sich auch in der Arbeitswelt. Vollzeitbeschäftigte, die mit ihrem Einkommen nicht das Existenzminimum erreichen können, sind keine Seltenheit mehr. Die sogenannte Aufstockung soll hier das Mindestmaß an Teilhabe sichern. Mit einer fatalen Folge: Der Staat, der Hungerlöhne von drei Euro achtzig für ein Existenzminimum aufstockt, subventioniert letztlich Dumpinglöhne. Es wird ein Lohngefüge verfestigt, bei dem unternehmerisch Handelnde sich der Verantwortung entziehen können, mit Personalkosten zu planen, die das Personal in seiner Existenz sichert. Das Schlagwort vom Lohnabstandsgebot und die Leiharbeit wiederum lässt die Solidargemeinschaft an einem anderen Punkt erodieren, wie Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Bundestagsfraktion, feststellt:

Stachlige Argumente: Das klassische Anstellungsverhältnis in einem Großunternehmen auf Lebenszeit bestimmt nicht mehr die Erwerbsbiografie. Wie gehen die Gewerkschaften mit der Zersplitterung der Arbeitswelt um?

Beate: Die Gewerkschaften leiden unter den politischen Rahmenbedingungen. Deregulierung bei der Leiharbeit und bei der Befristung haben immer mehr eine Randbelegschaft erzeugt. Diese Gruppen wollen natürlich verständlicherweise auch einen festen Job bekommen. Es kommt vor, dass Leiharbeiter als Streikbrecher oder zur Disziplinierung der Stammebelegschaft eingesetzt werden. Diese Bedingungen befördern das Einzelkämpfertum der Menschen, was aus der Warte des Betroffenen, der seine Existenz sichern will, absolut nachvollziehbar ist und den Gewerkschaften die Interessensvertretung erschwert. Leiharbeit muss reguliert werden, und die Gewerkschaften müssen sich bemühen, mehr Mitglieder unter den Leiharbeitskräften zu akquirieren.

Stachlige Argumente: Lohnabstandsgebot beinhaltet die Forderung, dass der Arbeitende mehr als der Erwerbslose erhalten soll. Ist das derzeit nicht der Fall?

Beate: Für mich ist der Begriff des Lohnabstandsgebotes, der vor allem von der FDP eingeführt wurde, falsch und verlogen. Alle Personen, die Arbeiten und die möglichen Leistungen beantragen, haben immer mehr als diejenigen, die erwerbslos sind. Vor allem aber ist es verlogen, weil sich die Wortführer nicht für Mindestlöhne einsetzen. Und wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn als absolute Untergrenze für Bereiche, in denen die Tarifautonomie nicht mehr oder noch nie funktioniert hat. Branchenspezifische Mindestlöhne sollten dort umgesetzt werden, wo die Tarifpartner da sind.

Unterschiedliche Farben und Eindrücke braucht ein Mosaik



Eine Konsequenz für Berlin: Verwaltung sensibilisieren

Die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen lassen sich aus Berlin heraus kaum ändern. Aber die Verwaltungen lassen sich sensibilisieren: Weg vom Defizitdenken und Hierarchisieren über Sanktionsandrohungen gegen die Arbeitssuchenden hin zu einem Diversityansatz, der passgenau an die Stärken der Beteiligten, die gerade auch in ihrer Vielfalt bestehen, ansetzt, wie es Sabine Bangert auf der Werkstatt Vielfalt und Toleranz postulierte.

Verschiedenheit anerkannt, sondern sind zudem dessen Voraussetzung. Und sie werden ernst genommen, denn ohne dass sie verschmelzen, bilden sie gemeinsam das Gesamtkunstwerk einer solidarischen Gesellschaft - in einer Stadt für alle.

Teilhabe heißt auch teilnehmen. Wie sind Eure Ideen zu einer solidarischen Gesellschaft? Schreibt uns.

Vielleicht lässt es sich in der Form einer Mosaikgesellschaft denken: Die Teile unseres Mosaiks werden nicht nur in ihrer

Oliver Münchhoff,
Mitglied der Redaktion

DIE HEUTIGE JUGEND IST KONSERVATIV!

Die Jugend von heute ist auch nicht mehr, was sie mal war. Die Kinder der 68er sind konservativ. Das liest zumindest die Bildzeitung und einige andere Medien in der neuen Shell Jugendstudie. Die Studie selber beschreibt die Jugend von 2010 mit den Worten: „Eine pragmatische Generation behauptet sich“.

Pragmatisch und konservativ sollen wir jungen Menschen von heute also sein, eine interessante Mischung wie ich finde. Laut Shell-Jugendstudie sind wir also optimistisch, sozial engagiert, setzen uns für die Umwelt ein (und haben die Befürchtung, dass wir irgendwann mal die Folgen des Klimawandels zu spüren bekommen), benutzen allesamt das Internet, sehen in einer globalisierten Welt auch durchaus mal etwas Positives und interessieren uns wieder mehr für Politik. Wir sind eben pragmatisch und nehmen die Welt so wie sie ist und tun das, was eben nötig ist. Wir sind so die Studie weiter für unseren Lebenslauf abhängig von Bildung und haben Angst keinen Schulabschluss zu erhalten. Nebenbei ist die Jugend von heute nicht religiös. Klingt für mich noch nicht sehr konservativ.

Kommen wir zu den interessanten Punkten: Familie und Werte! Ein weiteres Mal ist die Bedeutung der Familie für junge Menschen angestiegen. Die Bild liest darin natürlich, dass wir Jugendliche konservativ geworden seien. Dabei liefert die Studie die Erklärung für dieses „Phänomen“ gleich mit: „Die Familie bietet gerade in Zeiten gestiegener Anforderungen in Schule, Ausbildung und den ersten Berufsjahren Rückhalt und emotionale Unterstützung.“ In Zeiten, in denen Schule und Uni sehr viel Stress bedeuten ist es klar, dass man auf diesen Rückhalt angewiesen ist. Das hat nichts mit alten, verkrusteten Denkmustern zu tun.

Nur gute Freunde zu haben ist für uns Jugendliche noch wichtiger. Auch Eigenverantwortung zu übernehmen, kreativ sein, ehrgeizig und fleißig sein, das Leben genießen, einen hohen Lebensstandard zu haben, uns durchzusetzen und

sozial Benachteiligten helfen, sind alles weitere Dinge die uns sehr wichtig sind. Insofern mögen wir Wertkonservativ sein, dass wir eben Dinge haben die uns etwas Wert sind und wir uns dafür einsetzen. Aber sind das die klassisch konservativen Werte auf die sich CDU/CSU gerne berufen? Im Gegenteil, wir ordnen uns überwiegend Links von der Mitte ein!

Und überhaupt, wenn es konservativ ist das man einen Freundeskreis haben will und eine Familie, dann bin ich gerne konservativ. Wenn es konservativ ist das inzwischen mehr Männer gerne Kinder haben würden, auch dann bin ich gerne konservativ. Wenn es endlich nicht mehr nur um egoistische Selbstverwirklichung geht sondern um ein Miteinander und ein für Andere da sein, dann bin ich mit Freuden konservativ. Und wenn mich andere als konservativ bezeichnen, weil ich Werte habe, dann soll mir das doch schlicht egal sein. Es ist schließlich nichts Verwerfliches Werte zu haben.

Wenn uns, gerade als Kinder einer Generation deren Eltern sich zum Großteil scheiden lassen und das im Streit, die Familie wichtig ist, dann ist das eher etwas ganz Normales. Wenn wir uns eben nicht dem Lebensmodell unserer Eltern hingeben wollen, dann ist das wohl nicht konservativ, sondern eher revolutionär (normal). Ich brauche auch keine klassische Ehe um eine Familie zu gründen. Nein ich brauche einfach eine/n PartnerIn, mit dem/der ich Kinder haben möchte und mit dem ich zusammen diese Kinder erziehen möchte. Dazu muss ich nicht eine monogame Beziehung führen oder heterosexuell sein. Wenn ich eine Familie haben will dann muss die sich nicht nach alten, christlichen Werten orientieren, sondern sie kann viel mehr als das sein.

Natürlich gibt es auch in unserer Generation viele Konservative. Eine Freundin von mir, die sich links der Mitte einordnet(e), ist wegen alten konservativen Werten der CSU beigetreten. Aber sie ist wohl eher eine Ausnahme, im Großen und Ganzen sind wir wohl wirklich pragmatisch. Wir passen unsere Werte der gegebenen Welt an und nicht die Welt unseren Werten. Das ist zwar etwas langweilig (und ich hoffe ich bin nicht so), allerdings ist es doch auch verständlich in einer Welt, die sich so schnell verändert. Viele haben nicht das Gefühl als könnte man etwas verändern, als würde das eigene Dasein eine Rolle spielen.



© vandelay - photocase

Und deswegen ist die Jugend eben so wie sie ist. Wenn ihr uns konservativ findet dann ist das eben so. Wenn wir pragmatisch sind dann ist das eben so. Wir sind sicherlich nicht Schuld an unserer Umwelt und Sozialisation. Überlegt mal warum unsere Welt ist, wie sie ist - jede Generation bekommt eben die Jugend, die sie verdient.

Gabriel Tiedje,
Mitglied der Redaktion

KULTURELLE AUSSENPOLITIK: Erkenntnisse in Echtzeit

von Prof. Martin Rennert

Man sagt, die Welt sei kleiner geworden. Die scheinbar immer billiger werdenden Möglichkeiten physischer Mobilität, welche wir seit einigen Jahrzehnten zur Verfügung haben, wurden durch Medien ergänzt, die – im Guten wie im Schlechten – die Menschheit näher aneinander gerückt zu haben vorgeben. Zu jeder Zeit haben wir die Mittel zu erfahren, was auf der anderen Seite des Globus geschieht, und selbst die kurze zeitliche Verzögerung der Information, die Merkmal der bis vor ganz kurzer Zeit dominierenden Printmedien ist, erscheint vor allem vielen Jüngeren zunehmend antiquiert, geradezu wunderbarlich.

Wenn man in jungen Jahren nach Rom, London und Paris, gar nach New York oder Sydney fahren kann, ist das eine gute Sache, und es bleibt nur schwer vorstellbar, dass die heute 45jährigen auf eine solche Reise lange sparen mussten. Wenn man in wenigen Schritten eine Kamera am Piccadilly oder den Sportteil der Los Angeles Times erreicht, Informationen zu aktuellsten Wetterdaten in Brasilien und Auskunft über die schleppende Hilfe auf Haiti bekommen kann, bleibt das bei aller Gewöhnung ein Wunder, welches wir aber zumeist ohne besonderes Verständnis der grundlegenden Technik in unseren Alltag integriert haben.

Aber nicht nur die Technik ist uns wenig geläufig. So wie Telekommunikation in all ihren Spielarten unser gesamtes Verhalten ganz beiläufig auf den Kopf gestellt hat, so prägen durch sie vermittelte Inhalte unser Weltbild schneller und nachhaltiger als wir denken und geraten zu einer kulturellen und politischen Herausforderung von großem Gewicht. Es hat Jahrzehnte gedauert, nicht nur die Vorzüge, sondern auch die Problematik zunehmenden Flugverkehrs zu erkennen und einer großen Zahl von Menschen näherzubringen. Es wäre gut, wenn man sich an der Informationsfront etwas früher Gedanken machte.

Vor Jahrhunderten wussten sehr wenige Menschen aus eigener Anschauung von fremden Ländern zu berichten. Reisen waren teuer und beschwerlich, vor allem aber dauerten sie lange, und wenn man von Feldzügen absieht, auf welchen es ja nicht gerade um Erforschen und Erleben ging, war man ohne Übersetzer und Erklärer hilflos. Diese haben in für den Fremden verständlichen Worten erklärt, d.h. auf der Basis dessen, auf das sich der Fremde beziehen konnte. Eine gemeinsame Basis waren etwa Weltsprachen – Latein, viel später Französisch – oder Zugehörigkeit zu einem religiösen Orden oder Stand. Die Sprache alleine aber war nicht genug. Viel wichtiger war die eingesetzte Zeit, wie man gut verstehen wird, wenn man überlegt, was der Unterschied zwischen einem Tagesausflug und einer mehrmonatigen Reise ist. Sich auf eine Kultur einzulassen, ist die Voraussetzung für jede transkulturelle Kommunikation; und dieses Einlassen erfordert spezielle Bedingungen.

Sokrates wird der Satz zugeschrieben, er „wisse, dass er nichts wisse“. Diese Erkenntnis ist die Grundlage aller brauchbaren Überlegungen über kulturelles Verständnis – und genau dieses Verständnis ist Grundlage sinnvoller internationaler Politik. Negative Beispiele gibt es viele: Die Taliban gegen die Sowjetunion in Stellung zu bringen und aufzurüsten, wie es die USA in den achtziger Jahren taten, sich aber zu wundern, dass sie später zu revanchistischen Tyrannen mutieren, sobald sich die Waagschale zu ihren Gunsten senkt, ist unter anderem Ausdruck entsetzlicher kultureller Einfalt. Daraus dann nichts zu lernen, birgt den Stoff für die nächste Enttäuschung, auf die aber schon die Lektüre der Reiseberichte Marco Polos wohl vorbereitet hätte. Und wie sehr war das Vermissten von Dankbarkeit Ursache der entsetzlichen Brutalität der letzten europäischen Kolonialkriege, im Kongo, in Angola oder auf Indonesien? Ein tiefes Gefühl des Unverstandenseins?

Was sagt uns dies? Soll man etwa heute darauf verzichten zu versuchen, Frauen auch außerhalb unseres kleinen Kulturkreises Zugang zu Bildung und Selbstbestimmung zu verschaffen? Ist es denn falsch, emanzipatorische Bestrebungen unterdrückter Völker zu unterstützen, sollten wir gar unsere Werteordnung verleugnen, die der Selbstbestimmung einen hohen Stellenwert einräumt? Kann es gar sein, dass wir,

mangels Kenntnis (und wirklichem Interesse) an der jeweiligen Situation, ohne historischen Kontext und eine Bewertung zeitnaher Folgen, nur entschlossen sind, unserem eigenen Wertekanon treu zu bleiben, koste es was es wolle?

Nein, Tatenlosigkeit und selektive Prinzipientreue sind nicht der richtige Schluss. Aber eines müssen wir – trotz des verbreiteten Glaubens, dass unsere Kultur, unsere Werte so richtig sind, dass jeder sie unterstützen müsste, der halbwegs bei Trost ist – bedenken: Weder unsere Worte noch unsere Taten waren dazu angetan, den Rest der Welt von der Uneigennützigkeit unserer Absichten zu überzeugen. Weder die lingua franca Englisch noch unsere scheinbar kleiner gewordene Welt, in welcher der vom Netz begünstigte kulturelle hegemoniale Anspruch „wir seien ja in Wahrheit alle Brüder und Schwestern“ vor allem auf unserem Desinteresse und unseren Kurzschlüssen beruht, haben dazu geführt, dass unsere zwar oft wenig durchdachten, in Wahrheit aber meist durchaus guten Absichten für den Rest der Welt verständlich wurden. Im Gegenteil: oft sind sie vor allem bedrohlich. Und drittens: so lange wir uns daran abarbeiten, dass wir nicht verstanden werden, so lange werden wir nicht darauf kommen, dass es an uns wäre, uns auf andere Geschichte und Kultur tatsächlich einzulassen und anderen wiederum zu helfen, uns zu verstehen.

Zurück zum Anfang: eine Sprache ist eine gute Basis, Interesse und Zeit aber sind für kulturelles Verständnis die entscheidenden Faktoren. Billigflieger und Internet in Ehren, aber sie sind – wie McLuhan sagte – mehr Ausdruck des Seins als Katalysatoren des Wissens. Gegenwärtig verschärfen sich Fehldeutungen und Missverständnisse, und auf einer tatsächlich kleinen Welt ist so etwas gefährlich.

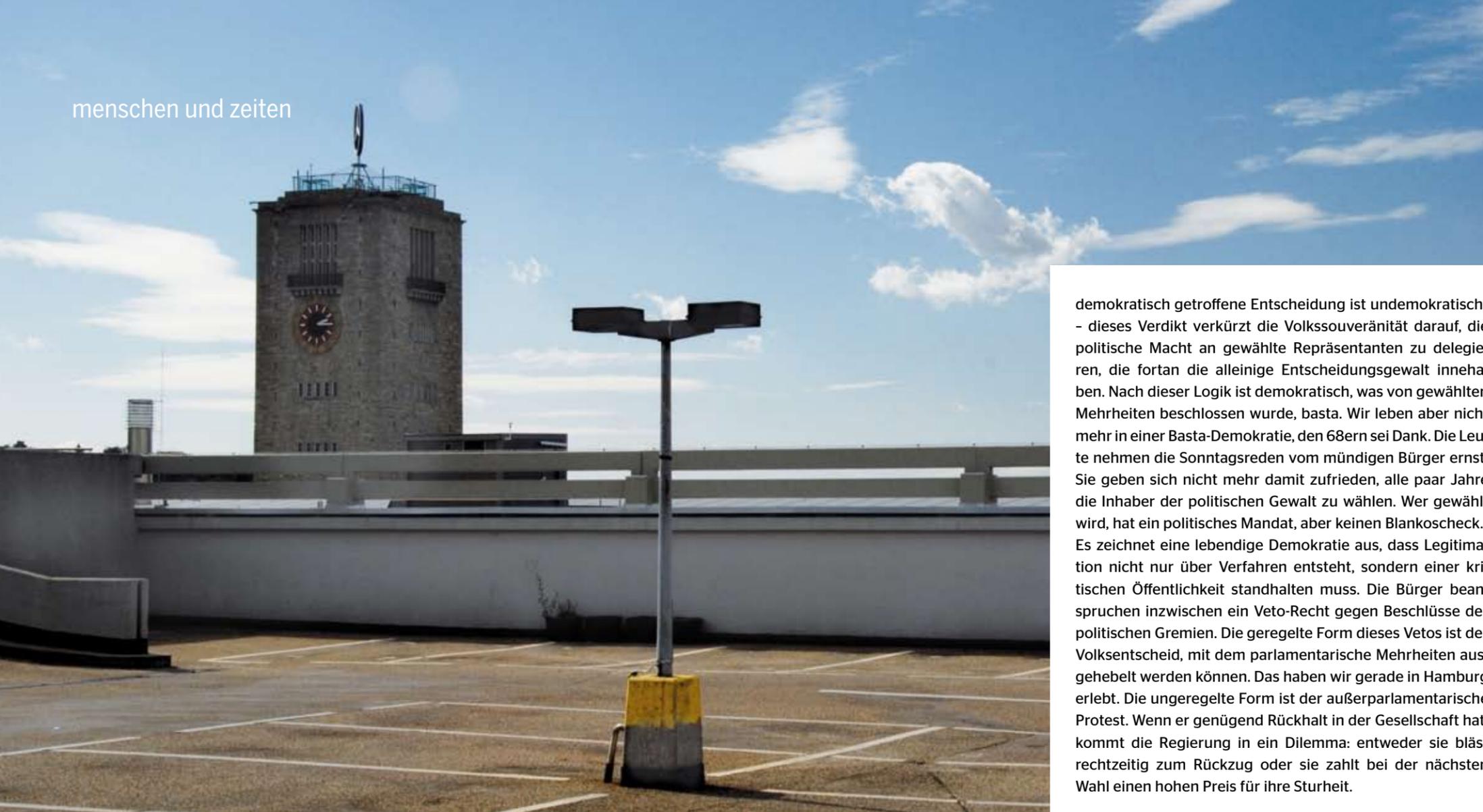
Kulturpolitik ist Friedenspolitik, ist Gleichberechtigungspolitik, Außenpolitik par excellence. Wir müssen uns vermitteln und uns die Zeit nehmen, andere zu verstehen, mit klaren Standpunkten, aber auch Bescheidenheit, Präsenz und Intelligenz.

Prof. Martin Rennert

Prof. Martin Rennert



Martin Rennert wurde 1954 in New York geboren und besitzt die US-amerikanische und österreichische Staatsbürgerschaft. Er erhielt schon während seines Gitarrestudiums in Wien, Graz und Granada wichtige Preise und Auszeichnungen. Rennert ist weltweit als Solist und Kammermusiker aufgetreten – wie auch in Hörfunk und Fernsehen – und hat zahlreiche Schallplatten eingespielt. Der Vater dreier Töchter ist seit 1985 Professor für Konzertgitarre an der UdK Berlin und bietet jährlich Meisterkurse in vielen Ländern an. Zwischen 1989 und 1995 war Rennert der Dekan der Fakultät Musik und von 1995 bis 1997 Präsident von ELIA, dem Zusammenschluss der europäischen Kunst- und Musikhochschulen. Im Dezember 2003 wurde er zum Ersten Vizepräsidenten der UdK Berlin gewählt. Seit 10. Januar 2006 ist Rennert Präsident der UdK Berlin.



Stuttgart 21 als Demokratielabor

von Ralf Fücks

Im Konflikt um „Stuttgart 21“ wird eine zentrale Frage unserer Verfassung neu verhandelt: die Spannung zwischen repräsentativer Demokratie und Bürgerprotest. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, sagt das Grundgesetz. Aber was, wenn die Staatsmacht gegen den Willen eines Großteils der Bürgerschaft steht?

Der brachiale Polizeieinsatz vom 30. September war ein Wendepunkt: statt ihre Autorität gewaltsam durchzusetzen, setzte sich die Landesregierung vollends ins Unrecht. In einer modernen Demokratie reicht es eben nicht aus, wenn die Regierung über eine parlamentarische Mehrheit plus Polizeihundertschaften verfügt, um die Anerkennung ihrer Entscheidungen zu erzwingen. „Der Widerstand gegen eine

demokratisch getroffene Entscheidung ist undemokratisch“ – dieses Verdikt verkürzt die Volkssouveränität darauf, die politische Macht an gewählte Repräsentanten zu delegieren, die fortan die alleinige Entscheidungsgewalt innehaben. Nach dieser Logik ist demokratisch, was von gewählten Mehrheiten beschlossen wurde, basta. Wir leben aber nicht mehr in einer Basta-Demokratie, den 68ern sei Dank. Die Leute nehmen die Sonntagsreden vom mündigen Bürger ernst. Sie geben sich nicht mehr damit zufrieden, alle paar Jahre die Inhaber der politischen Gewalt zu wählen. Wer gewählt wird, hat ein politisches Mandat, aber keinen Blankoscheck. Es zeichnet eine lebendige Demokratie aus, dass Legitimation nicht nur über Verfahren entsteht, sondern einer kritischen Öffentlichkeit standhalten muss. Die Bürger beanspruchen inzwischen ein Veto-Recht gegen Beschlüsse der politischen Gremien. Die geregelte Form dieses Vetos ist der Volksentscheid, mit dem parlamentarische Mehrheiten ausgehebelt werden können. Das haben wir gerade in Hamburg erlebt. Die unregelte Form ist der außerparlamentarische Protest. Wenn er genügend Rückhalt in der Gesellschaft hat, kommt die Regierung in ein Dilemma: entweder sie bläst rechtzeitig zum Rückzug oder sie zahlt bei der nächsten Wahl einen hohen Preis für ihre Sturheit.

Die Frage, wo politisches Stehvermögen in Arroganz umschlägt, hängt an vielen Faktoren: an der Glaubwürdigkeit, mit denen eine Regierung ihre Sache vertritt, an der Stichhaltigkeit ihrer Argumente und ihrer Dialogfähigkeit mit den Kritikern. Es gibt Entscheidungen, für die eine parlamentarische Mehrheit ihre Abwahl riskieren muss, und es gibt Situationen, bei denen Sturheit zur Torheit wird. Das ist regelmäßig der Fall, wenn eine einmal eingeschlagene Politik durch völlig veränderte Umstände überholt wird. So ist es der FDP mit ihrem Steuersenkungs-Mantra ergangen. So geht es auch den Betreibern von „Stuttgart 21“, einem Projekt, das finanziell wie verkehrspolitisch aus der Zeit gefallen ist. Wenn vierzigtausend Menschen in Stuttgart „Lügenpack“ rufen und damit die gewählten Repräsentanten der Stadt und des Landes meinen, ist etwas faul im Staate Dänemark.

Es beschädigt die Demokratie, wenn sich im Volk der Eindruck verfestigt, dass politisches Engagement gegen die Arroganz der Macht keine Chance hat. Wenn Regierungen sich verrannt haben, zeigt sich politische Weisheit in der Kunst des Rückzugs. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht hatte das begriffen, als er den Bau einer Wieder-

aufbereitungsanlage in Gorleben für „politisch nicht durchsetzbar“ erklärte. Er entschied sich dafür, den Landfrieden wiederherzustellen – ein altertümlicher, aber hoch aktueller Begriff. Der Landfrieden kann nämlich nicht nur von protestierenden Bürgern gebrochen werden, sondern auch von Regierungen.

Die Bewegung gegen Stuttgart 21 wirkt als Vitaminstoß für die Demokratie. Sie ermutigt, sich einzumischen, Partei zu ergreifen, Bürgerrechte wahrzunehmen, auf die Veränderbarkeit der Politik zu setzen. All das ist ein Gegengift zur schleichenden Erosion der Demokratie, zur Abwendung der Bürger von den Institutionen, zum Legitimationsverlust von Parlamenten und Regierungen. Genau diese Tendenzen beschrieb der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch mit dem Begriff der „Postdemokratie“: die demokratischen Institutionen bleiben bestehen, aber hinter den Fassaden bröckelt die Substanz, die Distanz zwischen politischer Klasse und Gesellschaft wächst, die Demokratie wird zu einer bloßen Formsache.

Die Zweifel wachsen, ob Parteien, Parlamente und Regierungen in der Lage sind, zukunftsverantwortliche Politik zu betreiben statt bloß auf die nächste Wahl zu schießen. Es ist ja nicht von der Hand zu weisen, dass die Parteienkonkurrenz um Wählerstimmen eine Tendenz erzeugt, das langfristige Notwendige auf dem Altar kurzfristiger Vorteile zu opfern. Stimmenfang durch fahrlässige Versprechen, Flucht in die Staatsverschuldung, populistische Demagogie sind Gebrechen des parteipolitischen Betriebs, die wir nur allzu gut kennen. Gleiches gilt für den Einfluss finanzstarker Lobbys auf die Gesetzgebung. Wenn staatliche Politik als verlängerter Arm von Konzern- oder Verbandsinteressen erscheint, sät sie Misstrauen und Verachtung.

Die Zustimmung zur Demokratie ist nicht für alle Zeit garantiert. Sie muss in jeder Generation erneuert werden. Die Republik schaut auf Stuttgart, weil dort erprobt wird, wie das gehen kann. Der Weg führt von der Zuschauer- zur Teilhabedemokratie. Verwaltungen müssen lernen, Eigensinn und Sachkompetenz der Bürger nicht als Störfaktor, sondern als produktive Kraft zu begreifen. Regierungen und Parlamente müssen lernen, dass sie nicht immer das letzte Wort haben. Man muss nur das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beim Wort nehmen: Das Volk übt seine souveräne politische Macht in Wahlen und Abstimmungen aus. In Bürgerentscheiden und Volksabstimmungen liegt gewiss keine höhere Weisheit. Aber sie sind ein legitimes Korrektiv, wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung in der Politik ihrer Repräsentanten nicht mehr wiederfindet. Und sie können den Weg aus einer politischen Sackgasse weisen – wie jetzt in Baden-Württemberg.

Ralf Fücks,
Vorsitzender der Heinrich Böll Stiftung

ALTER SCHWEDE !

Die Partei Miljöpartiet de Gröna

Es hätte so schön sein können.

Bei den schwedischen Reichstagswahlen 2010 konnten die Grünen (Miljöpartiet de Gröna) 6 Paralamentssitze dazu gewinnen. Doch auch in Schweden regiert man nicht allein. So mussten der präferierte sozialdemokratische Koalitionspartner Einbußen verzeichnen.

Der eigentliche Paukenschlag jedoch ist: Mit 20 Mandaten schafften erstmals die rechtspopulistischen Schweden-Demokraten den Einzug ins Parlament.

Die aktuelle Einladung von Ministerpräsident Frederik Reinfeldt (Konservative), über eine Regierungsbeteiligung zu sprechen, haben die Grünen zunächst ausgeschlagen. Ein Fehler?

Tatsächlich scheinen einige Gründe gegen eine solche Zusammenarbeit zu sprechen. Zum einen haben sich die Grünen vor der Wahl in ein Bündnis mit Sozialdemokraten und Linkspartei begeben. Daraus auszuscheren dürfte zu Verwerfungen innerhalb des "Linksblocks" führen. Auch rein praktisch dürfte eine Koalition problematisch werden: Fünf Parteien müssten zu einem Regierungsbündnis zusammengefasst werden. Themen, die eine Zusammenarbeit unmöglich erscheinen lassen, sprach die Grünen-Vorsitzende Maria Wetterstrand bereits an: Abschaltung von AKWs statt Neubauten, die grüne Forderung nach Erhöhung der Benzinsteuern, die Verkehrspolitik, bei der die Grünen auf massive Neuinvestitionen in den Bahnverkehr setzen wollen und die Rücknahme von Ungerechtigkeiten in der Krankenversicherung, die auf eine konservativ-liberale Reform zurückgehen.

Die Grünen in Schweden gingen aus der alternativen Bewegung, Umweltbewegung und der Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre hervor und organisierten sich als politische Partei 1981. Im Nachklang der Tschernobyl-Katastrophe, die Skandinavien teilweise stark betraf, gelang es den Grünen bei der Wahl 1988, die Vierprozenthürde zu überwinden und in den Reichstag einzuziehen.

Heute sind sich Grüne und Konservative vielleicht viel näher, als sie bislang zu akzeptieren bereit sind. Denn jenseits von Ideologien und alten Links-Rechts-Schemata tragen beide Parteien einen konservativen Kern in sich. Er kommt umso mehr zum Vorschein, je mehr den Bürgerlichen alte Wähler-schichten abhandeln kommen. Wo es darum geht, den Wohlfahrtsstaat nicht abzuschaffen, sondern zu modernisieren und die Wirtschaft davon zu überzeugen, mit Nachhaltigkeit Geschäfte zu machen, wo es darum geht, das Land auf die großen Umwälzungen der Zukunft vorzubereiten und gleichzeitig seine Errungenschaften zu bewahren, dort manifestiert sich konservative Politik. Dort treffen sich Grüne und Bürgerliche.

Nach dem Einzug der Schweden-Demokraten ins Stockholmer Parlament haben Tausende Menschen gegen die rechte Partei demonstriert. "Keine Rassisten in unserem Parlament" war in Sprechchören zu hören. Die Zeitung "Expressen" schrieb, das "Banner der Toleranz" sei eingeholt worden, und "die Kräfte der Dunkelheit haben schließlich auch die schwedische Demokratie als Geisel genommen"

Wenn die schwedischen Grünen über ihren ideologischen Schatten springen und ein Bündnis mit den Konservativen zumindest in Betracht ziehen, würden sie nicht nur die Debatte um den Konservatismus nachhaltig befruchten. Sie würden auch eine Zusammenarbeit der Konservativen mit den Rechtsextremen verhindern können.

Arne Haeger,
Mitglied der Redaktion



DAS RICHTIGE GRÜN

Seit ich einen grünen Mitgliedsausweis habe denke ich viel darüber nach: Was ist eigentlich das richtige Grün? Damit meine ich selbstverständlich nicht die hundertprozentig grüne politische Ansicht. Darüber muss ich mir nun wirklich keine Gedanken machen. Ich bin Mitglied im Kreisverband Frieke. Da reden wir über alles und was die Mehrheit entscheidet, das zählt. Das ist klar. Das ist gelebte Basisdemokratie. In Frieke sind wir absolut nicht verbohr. Ganz realistisch reagieren wir auf Zeitdruck und arbeiten höchst effizient und arbeitsteilig. Wenn ich mal keine Zeit habe alle Anträge und die 100 Änderungsanträge für einen Parteitag - ups - Landesdelegiertenkonferenz zu lesen - dann ist das nicht schlimm. Dafür haben meine Freunde in der Partei Verständnis. Aber einer hat es dann bestimmt gelesen oder kennt jemanden, der es gelesen hat, bzw. weiß wie das zu lesen ist, sowohl inhaltlich als auch und vor allem strategisch. Diese Person erklärt mir, worauf es ankommt und fasst alles kurz und bündig zusammen. Drei Optionen - Ja / Nein / Enthaltung - ein imperatives Mandat. Das ist absolute Effizienz. Mit diesem Grün kann ich gut leben.

Meine Lebensweise meine ich auch nicht mit meiner Suche nach dem richtigen Grün. Selbstverständlich habe ich kein Auto, deshalb lebe ich ja in einer Großstadt und fahre mit meinem Rad selten aus Kreuzberg raus. Natürlich beziehe ich Ökostrom aus der Steckdose. Ob der Anbieter Massentierhaltung durch die Abnahme von Biogas befördert, weiß ich nicht genau. Mein Gas kommt ja aus der Erde. Heizen mit Fernwärme ist zwar good girl, aber die wird in Berlin vom Feind - sprich Vattenfall - geliefert. Letztere kommen wie ich aus Schweden und sind mir irgendwie so sympathisch wie IKEA. Die sind auch nicht picee. Sorry, ist vermutlich eine frühkindliche Prägung. Ich arbeite daran. Jeden Aufruf zum Datenschutz oder Atomausstieg unterschreibe ich blind. Beim Einkaufen bin ich logo grün: bio und regional, maximal Kiwis aus Spanien. Ok, manchmal auch eine Avocado aus Israel, bad girl. Aber niemals Erdbeeren vor Mai! Bis in den Juni trage ich am Schreibtisch dicke Pullover, wegen der geringeren Wärmeabnahme. Urlaub mache ich selten. Ist besser für das Klima. Trotz allem bin ich von Zweifeln zerfressen. Ich leide darunter, wirklich. Es ist einfach so verwirrend. Welche CO2-Bilanz hat Pangasius Fisch im Kühlregal frisch aus Asien? Welcher Biojogurt ist der grünere? Und wie oft darf ich sündigen bevor meine Kinder in die Ökohölle kommen? Der grüne Alltag mutet irgendwie katholisch an. Damit muss ich leben.



© dieJ / pahotocase.com

Aber das richtige Grün? Diese drängende Frage kehrt in großer Regelmässigkeit für alle uns grünen Mitglieder vor den Wahlen wieder. Welches Grün ist das richtige Berliner Grün? Apfelgrün, Grasgrün, Waldgrün... Welches Grün ist Der Ausdruck unseres Grünseins? Kann man diese Frage rational lösen? Wenn jedes der 4400 Mitglieder auf einer definierten Skala von Grüntönen nach RGB seinen gefühlten Grünwert verorten würde und wir diese Ergebnisse über Facebook oder Wurzelwerk zusammenträgen bekämen wir dann das richtige Grün? Basisdemokratisch und wissenschaftlich erhärtet? Zu bedenken wäre auch, ob ein gewählter Grünton auch auf unterschiedlichen Materialien stets unverkennbar unser Grünton bliebe. Frau sieht das praktisch! Sehen manche grüne Schals, die wir auf den Demos tragen, nicht aus wie die der Mullahs im Iran? Ist das OK? Oder sollen wir uns besser extern orientieren, nach z.B. Anschlussfähigkeit? Manche Grüntöne passen besser zu Rot, andere besser zu Schwarz. Wie verhält sich unser Grün zu Gelb? Wie ist es mit der Tradition, der Bundesebene und der Autonomie der Kreisverbände? Oh, grün sind meine schlaflosen Nächte!!

Barbara Fischer



LERNSTE WAS, DANN KANNSTE WAS, KANNSTE WAS, DANN BISTE WAS?

Woher kommt die Akademikerarbeitslosigkeit in vielen Ländern? Italien, Spanien, u. a. machen uns die Abstiegschancen vor: vom Ingenieur zum Tellerwäscher.

In Deutschland sind voll ausgebildete Akademikerinnen mit Migrationshintergrund - z. B. türkisch - so benachteiligt, dass sie auswandern - in die Türkei, wo ihre Qualifikation geschätzt wird!

Wahr ist: AkademikerInnen haben insgesamt bessere Karten auf dem Arbeitsmarkt. Unwahr ist, dass sie ihrer Qualifikation gemäß beschäftigt und entlohnt würden.

Bis Anfang der 80er Jahre wurde an der Hauptschule, an der ich arbeitete, die Unterrichtseinheit: „Lohnt sich eine Ausbildung für Mädchen?“ gegeben. Es gab jahrzehntelang ernsthafte Gegenargumente: Frauen sind, selbst wenn sie eine Ausbildung gemacht haben, von so vielen gesellschaftlichen und „biologischen“ Hemmnissen betroffen, dass sie sich die 3 Jahre zusätzlich eigentlich sparen können. Stimmt zumindest die Beschreibung etwa nicht?

Wir möchten es gerne anders, aber über die Widerstände kann doch jede etwas aufgeklärte Frau ein Lied singen! Auf welcher Basis kam der Bildungsschub der frühen 70er Jahre zustande?

Gleich vorab: Nein, ich bin nicht gegen Lernen und Bildung! Ich halte Lernen und Bildung für wichtige Komponenten selbstbestimmten Lebens eines jeden Menschen!
Aber: Bildung wird pauschal zum Schlüssel für Integration und Wohlstand erklärt.
Sind alle „bildungsfernen“ Familien nur dumm?
Ist das migrantisch determinierte Dummheitsgen Schuld?
Ich behaupte: Bildungsfern ist relativ.

Es gibt ein gewisses Erfahrungswissen, dass Bildung viel Mühe, Zeit und Geld kostet. Wenn eine Familie das investieren will, muss es sich lohnen. Tut es das? Vordergründig nicht. Gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund sind oft im Wettbewerb um Ausbildungs- und Arbeitsplätze trotz gleicher Leistungen benachteiligt.

Der Arbeitsmarkt war leer gefegt. Auch die 1. zyklische Krise von 1967 führte zu einer Arbeitslosenquote von unter 3%. Die Verwissenschaftlichung der Produktion wurde nicht nur Leitthema wissenschaftlicher Abhandlungen über die Veränderung der Arbeitswelt, sondern kam tatsächlich zunächst in der Automobilindustrie, später im gesamten verarbeitenden Gewerbe an. Es mussten neue Schichten der Industriearbeiterschaft an die technischen Mitteberufe herangebracht werden, weil die materielle Basis der Produktion sich zu ändern begann. Dieser Prozess - von der Produkt-zur Prozessorientierung - ist noch nicht abgeschlossen. Aber in diesem Sektor entstehen schon lange nicht mehr viele Arbeitsplätze. Die meisten Arbeitsplätze entstehen im Dienstleistungssektor.

Aber: Die Entwicklung des Dienstleistungssektors bringt v.a. niedrigentlohnte und möglicherweise auch niedrig qualifizierte Jobs hervor. D. h. in diesem prosperierenden Sektor ist Bildung mindestens sekundär nicht anerkannt. Es gibt kein dem traditionellen Industriefacharbeiter entsprechendes, gesellschaftlich akzeptiertes Berufsbild des Dienstleistungsarbeiters.

Wenn ich in den Bereich gehen will, in dem Jobs am ehesten zu haben sind, brauche ich am wenigsten Qualifikation, habe aber auch die schlechtesten Perspektiven. Wofür dann Zeit, Mühe und Geld für Bildung opfern?

Neben der Verwissenschaftlichung der Produktion war auch die Aufblähung des staatlichen Sektors Ergebnis einer neuen Denkweise. Der Stellenkegel im öffentlichen Dienst drehte sich im Verlauf der 70er/ Anfang der 80er Jahre um! Es wurden massenhaft akademische Stellen geschaffen. Da sitzt die Generation der 68er noch heute drauf. Wer glaubt denn noch an eine feste Anstellung im öffentlichen Dienst? Schlussendlich kann man sagen, ja guck, es gibt doch Lehrstellenüberschuss, da könnte doch jeder, wenn sie/er nur wollte.

Aber: Die Bereiche Unternehmen und Schüler begegnen sich nicht. Z. Z. können die Unternehmen diese Begegnung als Härtest vermeiden durch Abwerbung von Personal im In- und Ausland. Besonders raffinierte Unternehmen nehmen sogar von SchülerInnen Eintritt, wenn sie den Betrieb kennenlernen möchten. Mit dem Geschrei von der mangel-

den Ausbildungsreife der Jugendlichen verbergen die Unternehmen ihre Unlust, mit den real existierenden Menschen, ihren Potenzialen und Defiziten zu arbeiten. Umgekehrt entwickeln die Jugendlichen eine furchtbare Angst vor dem Eintauchen in die Arbeitswelt („Ich geh OSZ“) Wenn hier nichts passiert, können alle Beteiligten noch jahrelang an einander vorbeischießen.

Zusammengefasst:

Redet nicht leichtfertig von Bildung als Schlüssel und schmeißt dann den Lehrenden und Lernenden sowie ihren Eltern den schwarzen Peter hin.
Ob Bildung individuell von den Betroffenen wertgeschätzt wird oder nicht, hängt von diversen Bedingungen ab:
Lohnt sich qualifizierte Arbeit für mich? Kann ich ein auskömmliches Einkommen (Mindestlohn!!!) und gesellschaftliche Wertschätzung in einem überschaubaren Zeitraum erlangen? Sind die materiellen Rahmenbedingungen erfüllt, unter denen individualisierte Bildung erfolgreich betrieben werden kann? Gegenwärtig erleben auch die bereitwilligsten SchülerInnen, dass sie an den Lernbedingungen wieder und wieder scheitern.

Lassen sich die Arbeitgeber überhaupt auf mich ein? Was soll das Gerede von der „mangelnden Ausbildungsreife“? Selbst wenn die AbsolventInnen der Sekundarschulen in 10 Jahren deutlich leistungsstärker würden: zählen die jetzt tatsächlich vorhandenen Jugendlichen nichts?

Die Herrschenden in Politik und Wirtschaft müssen sich gefälligst jetzt um die heranwachsende Generation kümmern. Die vielgepriesene Dienstleistungsgesellschaft muss (über-) lebenswert werden. Da ist mehr zu tun, als das hohe Lied von der Bildung als Schlüssel zum Erfolg zu singen.
Für Bildung mit Chance!

Rainer Milletat

Der Autor arbeitet seit über 20 Jahren in der Berufsorientierung für Jugendliche und für die Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitslosen.



**Leserbrief zu Oliver Münchhoff:
Die Bildungsautobahn
voller Rätsel
Heft 179/2010**

Lieber Oliver,

das Desaster der Hamburger Schulpolitik (der Grünen) bedarf sicher eines längeren Nachdenkens. Deinen Text empfinde ich allerdings als wenig nachdenklich. Bei Dir gibt es eher eine eindeutige Schuldzuweisung an die „Bildungsbürger-Gentry“. In Hamburg war vielfach von der „Gucci-Fraktion“ die Rede.

Die Bösen sind also die Bürgerinnen und Bürger, die ihre Bildung als ihr Kapital ansehen und nun „Angst davor (haben), soziales und kulturelles Kapital nicht ausreichend konkurrenzfrei in die nächste Generation tragen zu können.“ Ich unterstelle, dass bei Dir die Alternative zu den Bildungsbürgern nicht die Ungebildeten sind. Was aber dann? Bildung, die ich erworben habe, als mein „Kapital“, als meine Lebenschance und nicht ererbter Reichtum, was kritisierst Du daran?

Der Weg zum Abitur auf dem Gymnasium als „Bildungsautobahn“ und die „Leistungskarte“ als Trumpf, den wir nicht spielen können, das überrascht. Die zwei Begriffe der Guten, die Du dagegen setzt, sind „Bildungsgerechtigkeit gar Solidarität“. Wenn diese beiden Ziele nicht mit Leistung und einem breiten Weg zu allen Abschlüssen verbunden wurden, dann war wohl einiges falsch an der grünen Kampagne.

Davon ist allerdings bei Dir keine Rede. Du lobst die Hamburger GAL über den grünen Klee: „Sie hat es als Motor geschafft, dass wenigstens beide Schulformen das Abitur anbieten und Gymnasien leistungsschwache Schüler nicht einfach abschieben können.“ Dabei hat die GAL doch das Zwei-Wege-Konzept mit diesen von Dir genannten Bestandteilen in der Enquete-Kommission nicht unterstützt und ausdrücklich gegen den Satz gestimmt: „Zwischen Stadtteilschule und Gymnasium soll ein Schulformwechsel regelhaft nur bis zum Ende der 6.Klasse möglich sein“.

Wäre es so einfach, wie Du sagst, könnten wir gerne Master-City spielen. Es ist aber weiterhin viel Arbeit in den Abbau von Vorurteilen zu stecken. Das Maß der Überschätzung des Gymnasiums ist erheblich. Auch Vorurteile gibt es viele. Dazu gehört Deine Einschätzung, dass man sich im Gymnasium in „frühzeitig herkunftsspezifisch sortierten Gruppen, also innerhalb der eigenen Schicht“ bewegt. Da sind wir dann doch wieder bei der „Gucci-Fraktion“ und nicht bei „Bildungsbürgern“, die sich ja gerade nicht über ihre Herkunft, wohl aber über eine spezifische Bildungs- und Lebenshaltung definieren. Am Steglitzer Gymnasium findest Du die Kinder sowohl derer, die man gewöhnlich dort erwartet, als auch die Töchter von Taxifahrern, denen Bildung etwas wert ist.

Um zu verstehen, warum die Berliner Gymnasien trotz aller Belastungen von 40 % angewählt werden und wie wir dies verändern können, sollten wir nicht über die gemeinen Bildungsbürger schwadronieren, sondern uns

fragen, wie auch Schulen der Sekundarstufe in die Lage versetzt werden können, bei gleicher Leistungsorientierung mit einer noch größeren Heterogenität als schon im Gymnasium angemessen umzugehen. Zu befürchten steht, dass sie es nicht können. Insofern hängt es vor allem von der Qualität der anderen Schulen ab, wie lange der Run auf das Gymnasium anhält. Das Problem dabei ist, dass diese Schulen sofort gut sein müssen, denn es ist für keine Elterngeneration akzeptabel, dass ihre Kinder die Anlaufschwierigkeiten einer gemeinsamen Schule ausbaden sollen.

Dass es solche Schulen gibt, zeigt die Sophie-Scholl-Oberschule als integrierte Sekundarschule. Deine „Bildungsbürger-Gentry“ findest Du dort allerdings glücklicherweise auch.

Dirk Jordan, LAG Bildung

**Leserbrief zum
Bildungsschwerpunkt
in den Stachligen
Argumenten, Heft 179/2010**

Bildung wird ein Schwerpunktthema im nächsten Wahlkampf, das hat auch Renate Künasts Rede im Museum für Kommunikation am 5.11.10 gezeigt. Sie wies darauf hin, dass gute Absichten alleine nicht ausreichen, sondern es auf die Umsetzung ankäme.

Auch wir werden uns diese Frage stellen lassen müssen: Reicht es aus, wie

Jochen Esser in den letzten Stachligen Argumenten ausführte, die Bildung nur von Sparmaßnahmen auszunehmen? Schon: In den nächsten zwei Jahren werden die Schülerzahlen noch um 9000 zurückgehen. Doch mal ehrlich: reichen die damit frei werdenden Mittel aus, um die Schulreform ausreichend auszustatten, Sprachkurse zu verbessern, attraktivere Konditionen für Lehrer in Berlin zu schaffen, die Fortbildungen zu intensivieren, die Bedingungen in der Schuleingangsphase zu verbessern und die Schulgebäude zu renovieren? Ich bin skeptisch. Meiner Meinung nach sollten Mittel effizient eingesetzt werden - und dazu müssen auch gute gemeinte Projekte immer wieder dahingehend überprüft werden, ob sie halten, was sie versprechen. Daneben muss aber auch mehr Geld bereitgestellt werden, um zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu gelangen.

Deutschland und auch Berlin liegt da weiterhin unter dem OECD Durchschnitt, vor allem in der Grundschule. Solche Investitionen zahlen sich später aus, wenn dadurch mehr Schüler einen Abschluss und eine Ausbildung machen können. Hier heißt es aus meiner Sicht, wirkliche Prioritäten zu setzen. Bildung ist aber auch, darauf wies Sylvia Löhrmann im Interview hin, ein sensibles Thema. Wichtig wird es sein, Reformen gut zu vermitteln, aber auch Kritik von Seiten der Praktiker ernst zu nehmen. Das betrifft zum Beispiel die Einwände etlicher Schulen und vieler Eltern bei der Umsetzung des jahrgangsübergreifenden Unterrichts.

Im Vordergrund muss für uns das Ziel stehen, die Qualität von Bildung zu

erhöhen und die Frage, wie dies mit den zur Verfügung stehenden Mitteln am besten gelingen kann. Wir sollten es Schulen allerdings ermöglichen, hier unterschiedliche Wege zu gehen und eine Dialogkultur voranbringen.

Katrin Schaar
KV-Steglitz-Zehlendorf und
Bildungsbereich

**Leserbrief zum Artikel “Politik mit
der Stadt - nicht über sie hinweg“
Heft 179/2010**

Liebe Redaktion,

den Artikel der Fraktionsspitze über die künftige Stadtpolitik fand ich über alle Maßen enttäuschend.

Pauschal und dogmatisch wird auf zwei Seiten ausgebreitet, was denn alles mit den Grünen besser werden soll, ohne dass eine konkrete Maßnahme dafür genannt wird. Stattdessen scheint mit grünen Plattitüden ein politisches Konzept fabriziert zu werden: „Mit der Green Economy machen wir Berlin zum Modell für nachhaltiges und klimafreundliches Wirtschaften und schaffen [...] Arbeitsplätze.“ Schön und gut. Was wann wie erreicht werden soll, dazu wird geschwiegen.

In frustrierter Oppositionshaltung wird das Gespenst eines „Reformchaos“ durch den Senat an die Wand gemalt. Inwiefern der Senat versagt, das erfahren wir nicht. Wenn schon der „Senat

sich selbst immer tiefer in die Misere hineinregiert“, so kann ich aus dem Artikel nicht herauslesen, wie wir Grüne es besser machen wollen. Schauen wir uns das mal an:

„Wir wollen dem Klimawandel [...] entgegenzutreten und Berlin zur Hauptstadt der erneuerbaren Energien machen.“ - Ja, aber wie denn genau?

„Wir wollen der weiteren sozialen Spaltung der Stadt Einhalt gebieten und die Berliner Mischung erhalten.“ - Ja, aber wie denn genau?

„Wir werden unsere Ideen nachhaltig und glaubwürdig nur auf Basis solider Staatsfinanzen umsetzen.“ - Ja, aber wie denn genau? Und welche Ideen eigentlich?

Mit einem Parteibuch und einer Feder in der Hand hätte ich diesen Text auch selbst schreiben können. Von meinen Fraktionsvorsitzenden hätte ich mir da mehr Fleisch auf den Knochen erwartet. Wenn sie nun mit „mutigen, zukunftsweisenden [...] Antworten [...] in den politischen Wettbewerb im kommenden Jahr treten“ wollen, bleibt uns die Hoffnung, sie meinen damit, dass mit Renate Künast jemand mit guten rhetorischen Fähigkeiten und einem greifbaren politischen Programm in Berlin das Heft in die Hand nimmt.

Autor ist der Redaktion bekannt



Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen!

Ohne Helmut Schmidts Zitat in seiner Grundsätzlichkeit zuzustimmen, stimmt es aber. Die Skizzen schöner Visionen für Berlin 2020 hätten etwas von „Wünsch dir was“, sie werden jedoch kaum von Bewahrheitung geprägt sein und reichen damit ins Reich der Träume. Jenes, welches mit einem realen Konglomerat aus politischen, sozialen, emotionalen und nicht zu kalkulierenden Faktoren kaum übereinstimmt. Visionen sind nett. Und nett ist die kleine Schwester von... ihr wisst schon.

Spannender ist der konkrete Blick auf das Faktische, auf die Frage, welche Veränderungen die sich gerade verändernde Gesellschaft bringen wird. Vor wenigen Wochen stand vor einem szenigen Bioladen, man würde schon am Samstag schon um 13 Uhr schließen, um an der Großdemo „Atomkraft – Schluss jetzt“ teilzunehmen. Man könnte dies als „Bioladen = Ökos = Gegen Atom“ wahrnehmen, tatsächlich jedoch kennzeichnet es die kolossale Umwälzung eines Systems, in dem private und privatwirtschaftliche Interessen dem Verlangen nach politischer Partizipation weichen. Eine Dynamik, wie wir sie an vielen Orten derzeit erleben. Stuttgart, für Hauptstädter der Inbegriff von Langeweile und Rechtschaffenheit, bebt seit Wochen unter dem Druck einer sich auflehrenden Masse. Eine Sensation, die fälschlicherweise als die größte Revolution seit 1968 interpretiert werden könnte, wäre da nicht ein entscheidender Fakt: Es ist eine Masse, die sich aus allen gesellschaftlichen Schichten speist. Eine Entwicklung, die im Wendland schon seit über 30 Jahren Realität ist. Hier blockieren nicht nur linke Hippies die Straßen, sondern Ärzte, Rechtsanwälte, Unternehmer, Bauern, Angestellte, Arbeitslose, Rentner, Schüler. Trotz ihrer sozialen Divergenzen verschmelzen sie zur Spezies einer hoch entwickelten Sozialgesellschaft, die für in einer metropolistischen Massenanonymität lebende Großstädter kaum zu erfassen ist.

Wohl wissend, niemals für den materiellen Aufwand entschädigt zu werden, stellt diese Gemeinschaft individuelle Interessen hinten an, versorgt oder besser beschenkt wie aus dem Nichts auftauchend nachts

4.000 Bahngleise blockierende, frierende Demonstranten mit hunderten Decken und Unmengen an Lebensmitteln. Ein Erlebnis, dass Gänsehaut erzeugt. Weil es an unvorstellbare Unmöglichkeit grenzt. Und weil es die Frage aufwirft, welchen Platz die Parteien einnehmen werden, wenn die Gesellschaft sich selbst organisiert.

Denn diese Bewegungen richten sich nicht nur gegen unterirdische Bahnhöfe und Atommüllendlager, sie richten sich vor allem gegen die faktische oder scheinbare Ignoranz der herrschenden politischen Klasse, die als Regierung hilflos versuchen kann, den Widerstand mit Tränengas und Wasserwerfern zu brechen. Doch Demokratien lassen sich davon selten nachhaltig beeindrucken. Vor allem nicht dann, wenn die Streitmacht des Staates, wie zuletzt im Wendland, ihre Ablehnung der sie befehligen Politik erkennen lässt.

So kann aus dem Frust über den Staat rasch eine Ablehnung gegen die Politik der Parteien werden. Zwar können sich diese einer Bewegung anschließen, doch sie können sie kaum noch führen. Mehr und mehr verkommen sie mit einer Halbwertszeit von vier bis fünf Jahren zu riskanten Akteuren und mobilen Claqueuren, denen das Recht auf Entscheidungen abgesprochen wird.

Parteien kämpfen seit jeher um Macht. Das ist legitim, denn sie sollen einem Auftrag folgen und diesen mit der erworbenen Macht durchsetzen. Um Macht aber zu halten, werden sie sich verändern müssen, um nicht jede Wahl zu einer Zitterpartie um Wahlbeteiligung und gesellschaftliche Abrechnung zu machen.

Dazu sollten Parteien sich weniger mit Visionen, sondern mit der Realität beschäftigen.

Holger Michel



Termine

DO 2. Dezember 2010
19 Uhr

61. Kultursalon - Schauspielleben:
Zwischen Rampenlicht und sozialer Unsicherheit
Mit Alice Ströwer, MdA
Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Roter Salon

SA 4. Dezember 2010
10:00 bis 18:00 Uhr

BerlinWerkstatt Finanzen
BerlinWerkstatt Innen,
Demokratie und Recht
GLS Campus, Kastanienalle 82

SO 5. Dezember 2010
10 Uhr

Weihnachtsspaziergang
"Rund um den Müggelsee"
Bündnis 90/Die Grünen
Treprow-Köpenick
Bushaltestelle X69 "Rübezahl"

MI 8. Dezember 2010
19 Uhr

Es bleibe Licht - 100 % Ökostrom für Europa ohne Klimaabkommen
Buchvorstellung und Podiumsdiskussion
Mit Michael Schreyer (Autorin)
Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

DO 9. Dezember 2010
18:30 Uhr

Neumitglieder-Abend
Bündnis 90/Die Grünen
Marzahn-Hellersdorf
Restaurant Eiszeit
Oberfeldstraße 194

DI 14. Dezember 2010
19 Uhr

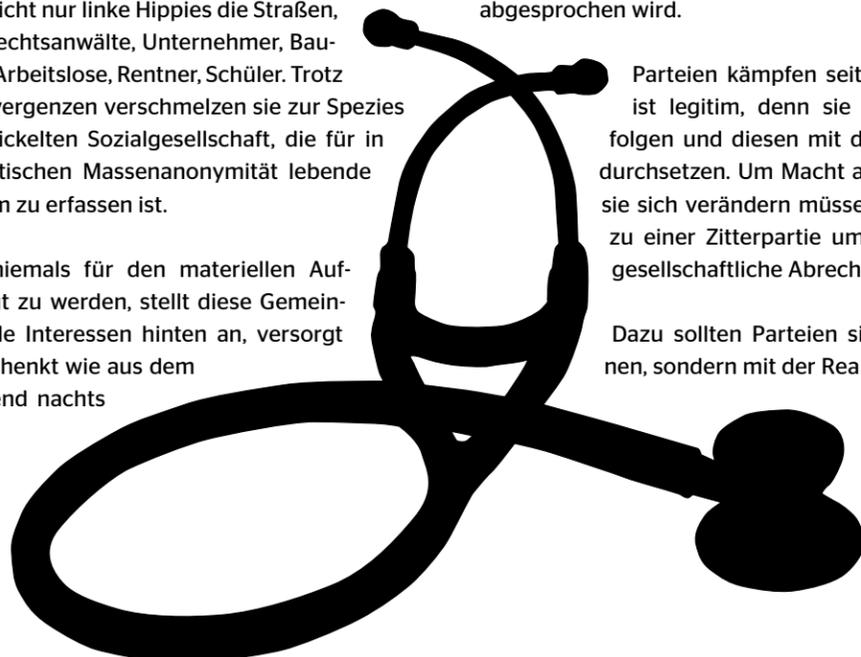
Weihnachtsfeier mit Verleihung des „Grünen Zweig 2010“
Mit Lisa Paus, MdB
Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf
Grüner Lernort Gartenarbeitsschule
Charlottenburg-Wilmersdorf "Ilse Demme", Dillenburger Straße 57,
14199 Berlin

DI 14. Dezember 2010
20 Uhr

Weihnachtsfeier
Bündnis 90/Die Grünen Pankow
Spielhaus Kolle 37,
Kollwitzstraße 37

FR 28. und SA 29. Januar 2011
Neujahrsempfang

Fr 18 Uhr,
Mit Renate Künast, MdB
Zukunftskongress
Sa 10 Uhr
Bündnis 90/Die Grünen
Tempelhof-Schöneberg
Rathaus Schöneberg





Frohe Festtage